

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Klassenkampf erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Zugabe: 1000 Exemplare monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Postgebühren. Verlags- und Druck-Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. B. M. B., Halle, Lindenstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 13 Goldmarken f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldmarken f. Kettens im Zeitritt. Manuskripte zu richten nach Halle, Lindenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adresse: Klassenkampf Halle. Telefonat: Gommery u. Ernst-Straße, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 8. Juli 1925

5. Jahrgang * Nr. 143

Gegen Deutschland oder gegen Rußland

Der Sinn des Völkerrriegsbundes

Eins der wichtigsten Organe der Schwerindustrie, die „Kölnische Zeitung“, schreibt am 5. Juli über die „einigen voraussetzlichen Möglichkeiten einer Völkerrriegsbündnis“ folgende ganz eindeutigen Worte:

„Entweder geht sie gegen Deutschland oder über Deutschland gegen das bolschewistische, das bürgerliche (!) Westeuropa bedrohende Rußland.“

Sie ist einmal das klare Eingeständnis gemacht, warum es bei dem gesamten Fragenkomplex des Sicherheitspactes und des Völkerrriegsbundes. Wenn man bedenkt, daß ja die erste Widerstandslinie des Krieges gegen Deutschland eben ausgefallen werden soll durch den Sicherheitspact und den Eintritt Deutschlands in den Völkerrriegsbund, so bleibt nichts anderes als die zweite Möglichkeit des Krieges gegen Sowjet-Rußland übrig, auf die besonders die englischen Imperialisten heute entscheidender denn je loszulegen.

Unter diesem Gesichtswinkel muß man die Rolle der Sozialdemokraten betrachten. Sie betreiben eine zähe Kampagne, um Deutschland in den Völkerrriegsbund hineinzubringen, weil das angeblich den Frieden bedeutet. Die „Kölnische Zeitung“ tragt die sozialdemokratischen Zeitungen Lügen. Dieses kapitalistische Organ kann sich die Wahrheit schon eher leisten als die sozialdemokratischen Zeitungen, die immerhin bei ihrer Kriegshetze ein wenig Rücksicht nehmen müssen auf die sozialdemokratischen Arbeiter. Aber es ist natürlich ausgeschlossen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter nicht wissen, daß die Annahme des Sicherheitspactes und der Eintritt in den Völkerrriegsbund nicht Frieden, sondern Krieg bedeutet.

Im übrigen geht es nicht nur offen die Zeitungen vom

Schlage der schwerindustriellen „Kölnischen Zeitung“ ein, daß es gegen Sowjet-Rußland geht, sondern, und das sollten besonders die sozialdemokratischen Arbeiter berücksichtigen, diese Tatsache der Kriegserklärung gegen Sowjet-Rußland ist den englischen Gewerkschaften sehr wohl bekannt. Die englischen Gewerkschaftsführer, die durchaus nicht Kommunisten sind, sondern zum Teil genau dieselben Reformisten, wie die deutschen Gewerkschaftsführer, kämpfen unter der Parole

„Der Garantiepact garantiert den Krieg“

auf das entscheidende gegen die Pläne ihrer eigenen imperialistischen Regierung. Freilich scheinen sich darüber die SPD-Zeitungen vollkommen aus. Ganz wie am 4. August werden so die sozialdemokratischen Arbeiter nichtsahnend in die Kriegesgefahr hineingeführt.

Wenn es nicht zu derselben Katastrophe wie am 4. August kommen soll, dann ist eine breite Aufklärungsarbeit in jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, in jedem Hause notwendig, um endlich die Wahrheit über die Pläne der Weltimperialisten und ihre Unterfertigung durch die sozialdemokratischen Führer bei den breiten Massen bekanntzumachen.

Nur wenn das deutsche Proletariat, anders wie am 4. August 1914, rechtzeitig die Gefahr sieht, und rechtzeitig in einer gewaltigen Klassenfront zur Abwehr aufmarschiert, nur dann kann der Arbeiterklasse ein neues allgemeines Völkerrriegsbündnis erspart werden.

(In welcher Weise die deutschen Behörden heimlich auf Veränderungen mit Sowjet-Rußland hinarbeiten, darüber Näheres auf der fünften Seite bei der Wiedergabe des gefälligen Briefes des Dokumentenjahres Rußland.)

Die Krönung der Massensteuerausplünderung in Deutschland

Von Emil Höflein, M. d. R.

Jurist wird im Steuerausgleich des Reichstages der „Entwurf eines Gesetzes über Änderungen des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“ beraten.

Der vorliegende Gesetzentwurf bedeutet unzweifelhaft ein weiteres zweifaches Verbrechen auf die Lebensinteressen der deutschen Werktätigen in Stadt und Land.

Das neue Finanzausgleichsgesetz ist dazu bestimmt, die Steuerausplünderung der breiten, wertvollen Massen vollends auf die Spitze zu treiben und gleichzeitig jeden Versuch eines etwaigen proletarisch-zusammengeschlossenen Landtags oder Gemeinderates, die wirtschaftlich Stärken zwecks steuerlicher Entlastung der Kleinen und Schwachen zu höheren Steuerleistungen heranzuziehen, von vornherein gründlich unmöglich zu machen.

Die Regierungsvorlage bringt zunächst die zwingende Vorschrift, daß die Länder und Gemeinden zu dem künftig von 10 auf 25 v. H. zu erhöhenden Reichsteil am Gesamtanfall der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur prozentual, streng gleichmäßige Zuschläge erheben dürfen. Jede soziale Berücksichtigung der Kleinen und Kleinsten Arbeitseinkommen bei der Bemessung und Erhebung dieser Zuschläge ist den Selbstverwaltungskörpern durch bindende Rechtsnormen ein für allemal unterzagt. Wenn auch insoweit infolge technischer Schwierigkeiten bei der geplanten Durchführung des Zuschlagsstufens Regierung und Mehrheitspartei von der sofortigen Verwirklichung ihres Planes Abstand vorläufig genommen haben, so steht doch für das Jahr 1927 dessen Einführung in bestimmter Aussicht.

Als zweites wichtiges Zugeständnis an die Interessen des Kapitals findet das Finanzausgleichsgesetz die weitere Absicht, für die Zukunft zwischen den Zuschlägen der Länder und Gemeinden zum Reichsteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer und dem in denselben Selbstverwaltungskörper zur Erhebung gelangenden Sätze der sogenannten Realsteuern (auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern) ein bestimmtes festes Verhältnis vorzuschreiben. Dadurch soll ein für allemal verhindert werden, daß in Ländern und Gemeinden mit proletarischer Mehrheit die Zuschläge zur Einkommensteuer, die auf den nichtbesitzenden Massen besonders schwer fallen werden, etwa niedrig gehalten und fast bestenfalls die Realsteuern der ortsansässigen Besitzenden etwa härter angepaßt wird.

Drittens bietet das neue Finanzausgleichsgesetz den Ländern und Gemeinden als Ersatz für die geplante Kürzung des bisherigen Anteils der Länder und Gemeinden am Aufkommen der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer von 90 auf 75 v. H., die Heraushebung ihres Anteils am Aufkommen der Umsatzsteuer von 20 auf 30 v. H. an. Aus diesem Angebot der Luther-Regierung spricht eine wohlüberlegte zweifach hinterhältige Absicht. Einmal soll es dazu dienen, die unerträgliche Massenausplünderung durch die Umsatzsteuer, die da sie bei jedem einzelnen Umlauf einer Ware immer wieder aufs Neue erhoben wird, das Arbeitseinkommen neben der 10prozentigen Lohnsteuer nochmals mit mindestens 10 v. H. durchschnittlich belastet, möglichst lange aufrecht zu erhalten, weil bestimmt damit zu rechnen ist, daß die Länder und Gemeinden sich gegen Kürzung ihrer Reichsteilermehrungen mit allen Mitteln widersetzen werden. Zum anderen glaubt die Luther-Regierung durch diese Methode ein geeignetes Mittel gefunden zu haben, die Länder und Gemeinden zur rückstandslosen Einschränkung ihrer Ausgaben zwingen zu können, für den Fall, daß dem Drängen des Großkapitals und der Arbeitermassen nachgegeben und die Umsatzsteuer dennoch weiter abgebaut oder gar aufgehoben werden müßte.

Endlich verweist das neue Finanzausgleichsgesetz die Länder und Gemeinden zur Erhebung ihrer drückenden Finanzlast auf die hemmungslose Steigerung der Mietsteuer, obwohl deren antisoziale und auspöckernde Wirkungen auf die breiten wertvollen Massen längst allgemein bekannt und anerkannt sind.

Um den Weg zu dieser neuen ungeheuerlichen Massenausplünderung frei zu machen, treibt die Luther-Regierung in § 26 der dritten Steuernotverordnung zunächst die dort noch vorhandenen gewene papierne Schranke nieder, die ein Emporhellen der Mieten über den Satz der Preisbremse hinaus verhindern sollte. Sie bringt anstelle dieser bisherigen gesetzlichen Begrenzung der Miethöhe eine neue Bestimmung, die die Länder ermächtigt, in Zukunft die Mieten allmählich gemäß der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage zu erhöhen. Und damit das Tempo der gewünschten Mietsteigerung nach oben ja nicht zu langsam vor sich geht, haben die Regierungsparteien im Einvernehmen mit der Luther-Regierung durch einen besonderen Antrag vorgeführt, daß am 1. April

Die Volksblockpartei des Zentrums gegen das Reichstagswahlrecht!

Der Schwindel vom Schutz der Republik

(Eig. Draht.) Berlin, 8. Juli.

Die „Germania“, das Zentrum-Zentralorgan, fordert in einem Leitartikel von der Luther-Regierung neuerdings die Aufhebung des Reichstagswahlrechts. Auf was es dem Organ ankommt geht daraus hervor, daß es die Sozialdemokraten beschwört, sie sollten ja mit von der Partei sein, denn der Zentrumsvorschlag läßt doch nur ihnen zugute, da dadurch die Kommunisten vom Parlament ausgeschlossen würden. Die jetzigen Wahlrechte mit den Parteienlisten sollen beibehalten werden, damit die „Persönlichkeit“ zur Geltung kommen soll. Das Wahlalter soll auf 25 Jahre hinaufgesetzt, also noch reaktionärer als vor dem Kriege gestaltet werden.

Das Zentrum, dieser wichtige Teil des „Volksblocks“, der doch vor allem nach sozialdemokratischer Behauptung dazu da ist, die Weimarer Verfassung der Republik zu schützen, beginnt ganz offen mit dem Abbau der Demokratie. Das Zentrum des „Republikaners“ Wetz kommt sich freudig den Wünschen der Monarchisten auf Abbau, sogar des Reichstagswahlrechts entgegen.

So sieht der „Volksblock“ und sein Kampf gegen den Monarchismus aus! Die sozialdemokratischen Arbeiter können jetzt sehen, daß mit Recht daran taten, immer wieder auf den Schwindel vom „Volksblock“ hinzuweisen, der gegenüber den Monarchisten nicht einmal der Verteidigung der bürgerlichen Republik fähig ist.

Bayern geht beim Abbau des Wahlrechts voran

Nach einer heutigen TV-Meldung hat der bayrische Landtag einen Gesetzentwurf über die Währungsreform angenommen. Es sind gegen die reaktionäre Verschlechterung des Wahlrechts genau 8 Stimmen der Kommunisten und der freien Vereinigung abgegeben worden, wohingegen 90 Stimmen dafür waren. Danach hätten also nicht nur die bayrischen Zentrumslitze, die bayrische Volkspartei, sondern sogar die Sozialdemokraten nach bekanntem köstlichen Muster für den Abbau der von ihnen nur mit dem Parteivertrag demokratischen Rechte gestimmt. Und das sind die Republikaner, die die Kommunisten „als Steigbügelhalter der Reaktion“ beschimpfen wagen.

Arbeitsplan des Reichstags

Berlin. Im Ausschuss des Reichstages soll morgen der Arbeitsplan für die letzte Periode der Session beschlossen werden. Außerdem soll eine Erörterung des Sicherheitspactes stattfinden. Die SPD-Fraktion hat auch die Befreiung der Antimorine aus Frankreich im Auswärtigen Ausschuss beantragt, doch ist bei der Sitzung seines Bundesgenossen, des Zentrums, die Annahme dieses

Vorschlages sehr zweifelhaft. Die „TAZ“ spricht von der Möglichkeit, die Wenigartigkeit des Reichstages über den 18. Juli zu verlängern, um nur ja rechtzeitig die Verfassungs- und Hungergefahr durchzubringen.

Provinziallandtags- und Kreisstagswahlen am 15. November!

Berlin. Im Her-Ausschuh des Reichstages wurde zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPD, die Verabschiedung gestatten, die Neuwahlen zu den Provinziallandtags und Kreisstagen in Preußen am 15. November stattfinden zu lassen.

Sechs Rundgebungen der SPD. in Berlin. Gegen Zollwucher und Steuerrandzug

(Eig. Draht.) Berlin, 8. Juli.

Die SPD hatte gestern zu sechs öffentlichen Rundgebungen gegen Zoll- und Steuerpolitik der Hindenburg-Luther-Regierung aufgerufen. Auf 7 Uhr abends, 8 Uhr abends, 9 Uhr abends und andere Stunden in den Massen. Sämtliche Veranstaltungen wiesen einen sehr starken Besuch der Arbeiterklasse auf.

Der Räumungsschwindel

(TU.) Berlin, 8. Juli.

Wie die Morgenblätter aus Offen melden, bedürfen die vor einigen Tagen gedachten Meldungen über die Räumung der Berliner Zone durch die französischen Besatzungstruppen, die bis zum 15. Juli durchgeführt werden soll, leider noch einer unerfreulichen Ergänzung. Wie nunmehr feststeht, werden die uniformierten Truppen tatsächlich die Zone von Bochum bis zum 15. Juli verlassen haben. Es bleibt jedoch die französische politische Polizei zurück. Es dürfte damit zu etwas wie bei vor einigen Jahren teilweise die gleiche unglückliche Begehung für die Zeit bis zur endgültigen Räumung eintreten.

Wenn faschistische Mordbanditen vor Gericht stehen, dann ist das Gefährdung der Staatssicherheit

Schwerin. Das erweiterte Schwurgericht in Schwerin verhandelt ab Montag gegen eine Anzahl Hochba-Bande, die bei Wismar einen Fremden besangen haben. Der Prozeß, zu dem die Vorbereitungen mit aller Deutlichkeit geführt worden sind, soll die ungeheuerlichen Zustände in dieser Mordorganisation ans Licht bringen, doch wird die Verhandlung während ihrer ganzen Dauer „wegen Gefährdung der Staatssicherheit“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen. Sogar bei aus Berlin gekommenen Eltern des Ermordeten wurde die Teilnahme an der Verhandlung verweigert.

Gefällichte Dokumente als Kriegswaffen gegen Sowjet-Rußland!

(Auf der 6. Seite!)

1926 die Armen mindestens 10 Prozent der Friedensmiete bestrafen müssen. Gleichseitig erhöht die Reichsregierung den Anteil des Grundbesitzers an der Friedensmiete von 50 auf 60 Prozent und schreibt den Ländern und Gemeinden daneben eine erhebliche Steigerung des bisher im Reichsgebiet auf etwa 25 Prozent der Friedensmiete bemessenen Mietszuschlages vor.

Dies Ziel, das die Reichsregierung und die Landesparlamente, von den Deutschnationalen bis zu den Zentrumskreisen, mit diesem Ziel übereinstimmen.

Einführung gleichmäßiger Zuschläge für alle großen und kleinen Einkommen in den Ländern und Gemeinden;
Beseitigung eines unannehmbaren großen Verhältnisses zwischen Einkommensteuerzuschlägen und Realsteuerschöpfung;
festere Bindung der Länder und Gemeinden an die Umsatzeinkommensteuer oder planmäßiger Einzug der Reichsüberweisungen aus dieser Steuer;

neue Begünstigung der Hausbesitzer bei gleichzeitiger Erhöhung der Mietssteuern von 25 auf 40 Prozent der Friedensmiete vorzuziehen, ist klar und eindeutig.
Es sollen eben die Länder und Gemeinden mit allen erdenklichen Mitteln gezwungen werden, ihre bis jetzt, an sich schon sehr unannehmbaren Anforderungen für soziale Zwecke schrittweise abzubauen. Die Armen, Kranken, Kriegsgel., Erwerbslosen, Arbeitslose braten in den Hunger zu treiben, die Volksschule, die jetzt schon in allen Ecken und Enden schwere Not leidet, weiter zu verschandeln und alle hygienischen und kulturellen Bedürfnisse bis auf äußerste vernachlässigen. Gleichseitig will man die Länder und Gemeinden dahin treiben, daß sie die Steuerbelastung der breiten Massen auf die Spitze treiben und damit zugleich jede neue Regelung des Antifaschismus gegen das soziale Misselnden von vornherein unmöglich machen im Reiche ersticken.

Sie wollen sich noch vertreiben!

Die sogenannten „Volksblätter“

Das „Volksblatt“ hat offenbar aus den Reichen keinen eigenen Fehler erachtet nicht sehr freundliche Bemerkungen über seine wüste Antifaschistenhebe zu hören bekommen. Jedenfalls läßt es in seiner letzten Ausgabe alles wegzulassen, was es am Sonnabend vor den Krieg gegen Sowjet-Rußland gesagt hat. Das „Volksblatt“ will nämlich zum Aufbruch der Welt, aber es behält sich auch in seiner Erörterung der „sozialdemokratischen Vorkriegsbezüge“ gegen die Russen. Das heißt zu deutsch: es ist kein Antifaschist, aber für antifaschistische Außenbeziehungen — also eben das, was man in der sozialdemokratischen Sprache als „Falsch“ bezeichnet.

Währendem beruft sich das „Volksblatt“ noch auf die Arbeiter, die es gegen eine „sozialdemokratische“ Vorkriegsarbeit hat. Man will sich nur für die „sozialdemokratische“ Vorkriegsarbeit in dieser Welt „mischerischen“ würde, da man wenn er das vorantehalten — und jeder einigermaßen denkende Mensch (sich weit ist es ja bei Kautskis nicht mehr damit her) würde das vorantehalten warum hat er dann die Antifaschisten geschrieben? Es ist ganz klar, daß heute, wo das internationale Sozialist zum Kreuzen gegen die Sozialdemokratie führt und Deutschland durch den Vorkrieg und die Antifaschisten Einheitsfront eingeleitet werden soll, in diesem Augenblick kein Kautskis Schrift hat seinen und anderen politischen Sinn haben, als den, das Antifaschisten „gehtig zu präsentieren“. War er das international ablenken: eine Sache ist eine Sache, auch wenn man sie einen Hund nennt!

Julius wirft uns das „Volksblatt“ Verbrechen vor, weil wir gesagt haben: „Bis dahin soll die Sozialdemokratie ihren politischen Kursus aufbringen, um Sowjet-Rußland als Auslandsbrot zu umwerben, zu managen, zu füttern, zu pflegen, aber es behält sich die Beziehungen der Kapitalisten und ihrer Helfer ein.“
Im „Volksblatt“ vom Sonnabend hier es ausdrücklich: „Aus diesen Gründen ist Kautskis auch unter bestimmten Voraussetzungen für die Gewährung von Auslandskrediten“. Nun, in seiner Erklärung schließt er die Voraussetzungen bis ins einzelne. Er sagt ganz ausdrücklich, daß er nur Kautskis, nicht aber die Sozialdemokratischen, verurteilt. Er sagt ausdrücklich, daß er die politischen Bedingungen abhängig macht, die die öffentliche Meinung der Welt, das heißt die gebildeten Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Leuten, daran knüpfen. Er sagt auch diese Bedingungen im einzelnen auf. Sie lauten laut und lauten darauf hinaus, daß die „sozialdemokratische“ Sozialdemokratie, das heißt den Arbeitslosen, Freiheit zur Vorbereitung der „allgemeinen Arbeiterbewegung“ zuzusprechen.

Jeder Arbeiter kann nun beurteilen, ob wir den Sinn des „Volksblatt“ Mittels richtig wiedergegeben haben, oder ob die Sozialisten nicht ganz gewöhnliche Feindschaft, die vor ihren eigenen Augen ausstrahlen.
Im übrigen empfehlen wir jedem Arbeiter, der noch irgendwelche Illusionen über die Sozialdemokratie hat, dringend die Zeitschrift der Antifaschisten „Falsch“ zu lesen. Es wird dadurch von seinem Wahne gründlich geheilt werden. Wenn das „Volksblatt“ aber noch mit seinen Ablegungen, fortfährt, so hat er sich selbst, nicht nur die Antifaschisten, sondern auch die Feindschaft der Arbeiter gegen sich selbst zugegeben.

Keine Auflösung des sächsischen Landtages

(II.) Dresden, 7. Juli.

Die 23 Reichssozialisten des sächsischen Landtages haben in ihrer heute morning abgehaltenen Fraktionssitzung, wie zu erwarten war, beschlossen, den Antrag des linken Flügels der sozialdemokratischen Fraktion auf Auflösung des Landtages nicht zuzustimmen. Demnach dürfte der Auflösungsantrag durch die Koalitionsparteien abgelehnt werden.

Trotz der Sicherungen, die der Parteivorstand den 23 sächsischen Abgeordneten gemacht hat, haben die 23 Fraktionellen der Auflösung des sächsischen Landtages nicht zuzustimmen. Der Grund hierfür ist die Tatsache, daß selbst, wenn die 23 in Sachsen wieder als Landtagsabgeordnete aufgestellt werden, eine Neuwahl für die SPD-Fraktion abzuwarten ist. Kaum ein sächsischer sozialdemokratischer Arbeiter würde den Heißt und Konflikt keine Stimmung geben, da sie in altem Parteizustand sich als die Rechte der Reaktion hinstellen haben. Deshalb ziehen sie es vor, noch ein Jahr als Minister bzw. Abgeordnete, weiter zu negieren. Es werden — so formulieren die 23 — sich wohl Mittel und Wege finden lassen, die gleichmäßige Auflösung des Landtages nach einem Jahr zu verhindern. Man kann gespannt sein, wie sich jetzt die Verhältnisse innerhalb der SPD. in Sachsen weiter entwickeln werden.

Die Annette Zeigners

(II.) Dresden, 7. Juli.

Bei Beratung des Antrages auf Abänderung des ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigners, die innerhalb des Juliendes stattfinden, daß Justizminister Böhmer die Erklärung ab, daß das Justizministerium des ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigners ohne Antrag mit bedingter Begnadigung auf den Weg gehen werde. Zeigner habe dann die Strafe seiner Strafe verweigert.
Zeigner ist damals nicht ohne das harte Betreiben der Reichssozialisten in Sachsen ins Gefängnis gebracht worden. Ohne jene Verhörungen in Schutz zu nehmen, müßten wir doch sagen, daß die Dinge, die sich Zeigner hat aufzuweisen kommen lassen, Kapitalien sind im Vergleich zu den Zurückgebliebenen eines Bauers, Richters, Spielmanns und Kautskis ein wenig weniger. Zeigner hat ein reichliches und menschliches Schicksal gewendet, die den parteipolitischen Sünden der sozialdemokratischen-bürgerlichen Gegebenheit nicht geändert war.

Machlose Hebe gegen die französischen Kommunisten

Die französische bürgerliche Presse hebt in einer ungläubigen Weise gegen die Kommunisten. Die höchsten Magistratsorgane der bürgerlichen Presse beantragen, die Regierung zu einem energiegelassen Vorgehen gegen die Kommunisten aufzufordern. Am „Temps“ wird erklärt, daß die Lage in Paris nicht minder ernst sei wie die Lage an der Front. Frankreich sei zu einem harten Kampf gerufen. Die Kommunisten, die jetzt noch immer in Frankreich genannt werden müßten, obwohl sie die Welt nicht mehr verdienen, führen ganz offensichtlich eine Propaganda, die nur Verrat gegen Frankreich sei. Frankreich dürfe nicht dulden, daß eine Handvoll Terroristen dem künftigen Frankreich einen Dolch in den Rücken stecke. Wenn es Gerechtigkeit in Frankreich gäbe, müßten die Schwelger erdrosselt werden.

Kantikulation in Paris

Das französische Kriegsministerium läßt, wie bürgerliche Blätter berichten, andauernd alle aus englischer und spanischer Quelle kommenden Schilderungen der Lage an der Westfront aus dem Gedächtnis und nicht der Tatsachen entsprechend beschreiben, ohne jedoch die genügende Unterstützung über die Lage in Marokko zu geben. Infolgedessen herrscht in Paris eine pessimistische Stimmung. Wilde Gerüchte lauten umher. In den Cafés und auf der Straße sprechen die Leute von nichts anderem, als von der Gefahr, die das nordafrikanische Kolonialgebiet Frankreichs bedroht, von dem Triumph des Armees über Spanien, der sein Ziel haben bei den Stämmen verloren habe und deren Militär nicht mehr aufgestellt werden könne. Sogar in Regierungskreisen wird angegeben, daß Targa, der Hauptstützpunkt der Franzosen, auf das ernstlichste gefährdet sei. Spanien fordert den Wählern zufolge eine Verstärkung von 150 000 Mann.

Eine neue Schlacht im Gange

Paris, 7. Juli.

Die „Information“ meldet aus Marokko: Eine ernsthafte Schlacht ist im Abschnitt von Taza im Gange. Die Kämpfe dringen weiter vor. Besondere Maßnahmen sind zum Schutze der Eisenbahnlinien getroffen, die Marokko und Alger verbinden.

Die französische SP. kapituliert endgültig vor Painlevé

(II.) Berlin, 8. Juli.

Die „Bolschewistische Zeitung“ meldet aus Paris: Die sozialistische Kammerfraktion hat gestern in einer Fraktionssitzung den Beschlusses gefaßt, worin es heißt, daß die Sozialisten die innerpolitische Arbeit bis zum Herbst vertagen wollen.

Hatte bisher die französische Sozialdemokratie dem Vertrauensvotum für Painlevé in der Marokkofrage ihre Zustimmung gegeben, heute sie die parlamentarische, die Fraktion mit Painlevé befürwortende Kammerfraktion ermöglicht, so gibt sie allen Maßnahmen der Regierung bis zum Herbst zuzunehmen die Mantelentscheidung und schaltet sich als politischer Faktor vollkommen selbst aus. Diese Tatsache ist von größter Wichtigkeit. Der Garanzvertrag innerhalb der Wahlen der französischen Sozialdemokratie, der bereits sehr stark ist, wird dadurch nur noch mehr und das Vertrauen zu den französischen Kommunisten zunehmen.

Langer in Gefahr

II. Paris, 7. Juli.

„Chicago Tribune“ meldet aus Langer der Kommandant der internationalen Polizei hat einen Bericht über die Gefahr für Langer, der die internationale Zone an die Mächte gelangt und zur wirksamen Verteidigung 7000 Mann Verstärkung angefordert.

Vorderindische Verstärkungen für Marokko

(II.) Paris, 7. Juli.

Aus Madrid wird gemeldet, daß in Rondebregg hindukantische Soldaten in Grenzübergangsstellen eingeschickt werden, die am 27. Juli zur Stärkung der französischen Truppen nach Marokko abgehen.

Neue Marokko-Kredite

(II.) Paris, 8. Juli.

In der Kammer brachte Painlevé einen Gesetzentwurf ein, der für Marokko einen Zuschuß in Höhe von 800 Millionen Franken fordert.

Die Lage in China

Solidarität für die Streitenden

Der Streit in Szechuan geht in andauernd verstärktem Umlauf weiter. Die chinesische Kammer hat dem Streitfonds ein neues 500 000 Dollar überwiesen, die im Ausland gesammelt wurden. Von allen Seiten laufen Solidaritätsbewegungen gewerkschaftlicher Organisationen ein: heute aus Chemnitz von der Töperunion und vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, aus Oesterreich von der „Union“ der Tabakarbeiter. Auch in unserem Bezirk müssen alle gewerkschaftlichen Organisationen diesem Beispiele folgen!

Der amerikanische Schritt

Über die nächsten Absichten der amerikanischen Regierung, die den internationalen Kontext zur „allmählichen“ Beseitigung der Ausländerverhältnisse vorgeschlagen hat, besteht noch keine feste Ansicht. Es heißt, daß Amerika ungenügend vor dem englischen Standpunkt, der offenen konventionellen Intervention, zurückweichen ist, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die „bolschewistische Gefahr“ zu ermöglichen. Auch die japanische Regierung läßt wieder betonen, daß „vor Herstellung der vollen Ruhe und Ordnung“ von Verhandlungen nicht die Rede sein könne.

Gegen Sowjet-Rußland, dem Schöpfer der unterdrückten Völker!

Alle englischen Blätter berichten übereinstimmend, daß die englische Regierung ernste Maßnahmen gegen die bolschewistische Agitation in China in Erwägung zieht. Diese Maßnahmen sollen sich aber nicht in China, sondern in einem gemeinsamen Vorgehen aller Mächte äußern, die die Sowjetunion in Europa auszuwählen. Solle einmütige über die einzuwendende Taktik scheint nach den letzten parlamentarischen Erklärungen der englischen Regierung noch nicht zu bestehen.
Der internationale Arbeiterbewegung muß das Kampfbündnis der gewerkschaftlichen Organisationen Arbeiter aller Länder gegenübergestellt werden. Wählt zum Arbeiter-Verband der DDB. nur oppositionelle Delegierte!

Hast Du schon die Annestieliste gezeichnet?

Die „linke“ SPD. zur vollkommenen Kapitulation gezwungen

Die sächsischen Proleten der SPD. haben nichts zu sagen

Der „Kortwärts“ hat am letzten Sonntag den Beschluß des Parteivorstandes der SPD. zum Sachsentage veröffentlicht. Sein Inhalt ist kurz zusammengefaßt: Zurücknahme der Ausschüsse, die gegen die 23 sächsischen Landtagsabgeordneten gefaßt worden sind, dann erst Auflösung des sächsischen Landtages. Der Beschluß des Parteivorstandes beschäftigt sich zuerst mit der Frage, ob die sächsischen Arbeiter und auch die sächsischen Landtagsabgeordneten im Geiste des Beschlusses des Berliner Parteitagestages handeln oder nicht. Er kommt zu dem Resultat, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Der angeführte Beschluß des Parteivorstandes bezieht sich auf:

1. der Parteivorstand verpflichtet die sächsischen Arbeiter, die Partei nicht zu verlassen, 2. den Beschlüssen und Konventionen unter die Monarchie bei einer Neuwahl des Landtages auf jeden Fall gehorcht werden.

Die 23 sind die Vertrauensleute des Parteivorstandes

In dem jetzigen Beschluß des Parteivorstandes heißt es dann zur Frage der Landtagsauflösung weiter:

„Der Parteivorstand hat die Voraussetzung für die Auflösung des Landtages nicht erfüllt, denn er empfahl der sächsischen Landtagsfraktion, den Antrag auf Auflösung des Landtages erst zu stellen und von anderen Seiten gestellten Anträgen auf Auflösung erst zurückzutreten, nachdem die Verhandlungen über die Einberufung des Landtages abgeschlossen gewesen sei. Die 23 Landtagsabgeordneten, gegen welche sich das Ausschließungsverbot richtete, waren derselben Meinung, und zwar mit Recht. Die Voraussetzungen, die der Parteivorstand für die Auflösung des sächsischen Landtages gestellt hatte, waren nicht erfüllt.“

Ein Jahr lang haben die „linken“ Sozialdemokraten immer wieder ihren Parteivorstand vorgeschrieben, die 23 betrafen auf Seiten der Gesamtpartei ein Vertrauensverhältnis, sie hätten den Beschluß des Parteivorstandes befolgt, indem sie die Landtagsauflösung verhindert hätten. Jetzt bricht dieser ganze durcheinander Schwindel durch die offizielle Erklärung des Parteivorstandes in sich zusammen.

Die 23 ausgeschlossen werden in den Himmel gelobt

In dem Auftruf des Parteivorstandes zum Sachsentage heißt es dann weiter:

„Es liegt danach nicht ein offener Verstoß gegen klare und unmissverständliche Beschlüsse des Parteivorstandes vor, was eine Ausschließung für die Berechtigung des Parteivorstandes bedingte, sondern es handelt sich lediglich um gewisse denartige Verhältnisse in der Wahl des Sachsentages, an welchem der Landtag aufgelöst werden soll. Wegen andersartiger Aufstellung der Angeklagten und dementsprechendem Vorgehen kann man niemals 23 Mitglieder mit unbestrittenen Verdiensten um die Partei hinausweisen.“

Die unbestrittenen Verdienste der 23 Sozialisten!
Welcher Arbeiter muß dabei nicht bitter auflachen. Diese Kerle haben gegen ihre Bestimmung geschickt, haben die sächsischen Gewerkschaften durchgeföhrt, die Annette für die Arbeiter laboriert, sie liefern die Verwaltung der sächsischen Reaktion aus und wollen jetzt auch die Seele der Reaktion zum Fraße vorwerfen, die Lehrer der Zukunft der Wahlen unterteilen. Wahrscheinlich, unbestrittene Verdienste für die Bourgeoisie, gegen die Arbeiter!

Zuerst muß ausgemittelt werden

Der Beschluß des Parteivorstandes beschäftigt sich jedoch mit dem unrichtigen Aufbau, der sich im Laufe der Zeit „leider“ herausgebildet hat. Es ist, so führt der Beschluß aus, unrichtig, daß die Partei an einer Regierung beteiligt ist und gleichzeitig ihre Organisationen und ihre Kreise (womit gegen diese Regierungsabteilungen wie gegen die Politik der Regierung in Sachsen) der Opposition stehen. Wodurch wird fortgeschritten. Wie im Jahre 1918, als die 23 sächsischen Landtagsabgeordneten in ein Scheitern der kommunistischen Politik gezwungen wurden, hat der Parteivorstand nicht gehandelt, sofort energig eingegriffen. Hier gibt der Parteivorstand also offen zu, daß es war, die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Sachsen durch die Reichsregierung führte. General Müller war der Stellvertreter der sächsischen sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Parteivorstand rühmt sich dieser feinen Selbsten.

Alle Ausschlußverfahren gegen die 23 müssen rückgängig gemacht werden

In einem knappen Jahr ist die Auflösung des sächsischen Landtages fällt, deswegen muß sich der Parteivorstand mit der Frage der Auflösung des Landtages beschäftigen. Wenn sich die Verhältnisse in der sächsischen SPD. so weiter schleppen wie bisher, wird die Wahl zu einer Katastrophe zum mindesten für die 23 „Ausgeschlossen“, darum ist es notwendig, daß jetzt zur Auflösung des Landtages Schritte eingeleitet werden. Die Voraussetzung für die Auflösung des Landtages ist natürlich die Zurückziehung der Ausschließungsbeschlüsse gegen die 23, die damals von den SPD-Organisationen in Sachsen einstimmig beschlossen worden sind. Wenn das Schiedsgerichtsverfahren gegen die 23 in diesem Sinne gelöst ist, dann — so bestimmt der Parteivorstand — muß zur Auflösung des sächsischen Landtages geschritten werden. Nachdem die 23 Ausschließungen mit Hilfe der Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschnationalen in Sachsen alle rechtserheblichen Maßnahmen aufgehoben und überholt haben, nachdem sie wieder offiziell in die Partei eingegliedert sind, um ihnen die nötigen Landtagsstimmen zu sichern — kann zur Auflösung des Landtages geschritten werden. Gibt es eine glückliche Niederlage für die „linken“ Tröpfe der sächsischen Sozialdemokratie?

Sie jubeln noch

Der „linke“ „Folke“ mag die unbestrittenen Verdienste, die der Parteivorstand erlangt hat, nicht zu bejubeln. Die Monatsausgabe vom 6. Juli beginnt er unter der heißen Ueberchrift: „Die Auflösung des Landtages ist ungeändert herbeizuföhren“ mit dem Satz: „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt der weite Weg, Parteivorstand, einschüchtert Euch Säumen!“ Natürlich kann auch der „Folke“ nicht umhin, im Verlauf seines langen Artikels die 23 sächsischen Landtagsabgeordneten in Sachsen zu ehren und er bereitet die Genossen schon auf die hübscheste Art an dem 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt: „Es dürfte wohl auch kein Sozialist darüber im Unklaren sein, daß 3. B. eines Kandidaten Heißt in Dresden für den vorigen Bezirk eine sozialistische Niederlage nach sich ziehen würde.“ Dieser Satz muß die Wirkung der „linken“ haben in diesen Tagen, wenn man den Anrufung mit den 23 „Rechten“ vor, indem er schreibt

Der Kampf um Arbeitszeit und Brot

Berlin. Der Streik der Bauarbeiter hat sich heute durch den Eintritt von 2500 Zimmerleuten verstärkt. Geordert wird ein Spitzenlohn von 1,32 Mark bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 45 1/2 Stunden.

Dresden. Ein Scheidungsplan für die sächsische Metallindustrie letzte eine Lohnerhöhung von 5 Pf. für den Wintermonat fest, der somit durchschnittlich 70 Pf. beträgt. Die Gewerkschaften hatten 80 Pf. gefordert. Der Spruch soll bis 31. Dezember (!) umföhrbar sein.

Mün. Die Verbindlichkeitsklärung für den Scheidungsplan in der Metallindustrie Gruppe Nordwest, die trotz lebhaftesten Widerstandes der Arbeiter von den Gewerkschaften beantragt worden war, ist vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt worden. Verhandlungen sind auf acht Tage verschoben.

Berlin. Die Vollversammlung der Arbeiter des Berliner Kohlenegrohandels, die in der Sonnabendnacht im Gewerkschaftshaus tagte, hat nach Ablehnung des unannehmbaren Resultats der Lohnverhandlungen den Streik beschlossen.

(Eig. Drahtm.) München-Grabbach, 8. Juli.

Die Führer in Abend und München-Grabbach sind in den Streik getreten. Sie hatten 20 Prozent Lohnerhöhungen gefordert. Die Unternehmer lehnten es ab. Der Schlichtungsschuss letzte 10 Prozent fest, aber auch dies lehnten die Unternehmer ab.

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 8. Juli.

Die Erneuerungsarbeiten an der Düsseldorfer Rheinbrücke sind getrennt zum Teil zum Erliegen gekommen, da die dort beschäftigten Arbeiter der „Guten Hoffnung“ in den Streik getreten sind. Es bestanden bereits seit geraumer Zeit Unzufriedenheiten. Die Firma weigerte sich, auch nur einen Wernig über den Tariflohn zu zahlen, trotzdem die dort zu leistenden Arbeiten mit der Arbeit in den sonstigen Metallbetrieben nicht zu vergleichen sind. Da die Verhandlungen an dem denkbaren Baufesthalten ähnlich liegen, besteht die Möglichkeit, daß dieselben ebenfalls in den Streik treten.

Für Gewerkschaftseinheit und Annahmte

Chemnitz. Eine Mitgliederversammlung des DMBZ Einmach wandte sich mit Entrüstung gegen die Annahmtepolitik der Reichsregierung und forderte einstimmig Generalannahmte.

Dortmund. Eine Zahlstellerversammlung des Bauernbundes Dortmund wählte einen oppositionellen Kollegen zum Gewerkschaftsmitglied und nahm gegen 6 Stimmen eine Resolution für die Freisprechung der politischen Gefangenen an.

München. Die Betriebsrätekonferenz des Bezirks Teitau hat einen SPD-Kollegen als Delegierten nach Somjer-Rußland gewählt.

Chemnitz. Das Gemeinderatsmitgliedensekretariat von Gläsa bei Chemnitz hat einen Antrag, der Vollannahmte fordert, mit den Stimmen der SPD und der KPD, gegen die Bürgerlichen angenommen.

Zeigenvernehmung im Prozeß Angerstein

Am zweiten Verhandlungstag wurde mit der Beweisaufnahme begonnen. Nachdem der Angeklagte Angerstein nochmals seine Eideshülfe vom Nachmittag der Verordner geleistet hat und dabei teilweise seine vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben wiederholt, wird ein fünftes Hauptvernehmen, die Angerstein am Wege liegend gefesselt hat und hörte wie er rief: „Meine arme Frau, wie sind von Räubern überfallen.“ Er Angerstein, habe, als er vermundet auf der Straße lag, erzählt, kein Haus sei von Räubern überfallen worden, die alles geraubt und niedergelegt hätten. Auch andere Zeugen bestritten ähnliche Aussagen. Der Zeuge Güterbodenarbeiter Schol stellte in dem brennenden Hause. Er fand die vordere Haustür verschlossen. Die Räuber begaben sich durch die Hintertür hinein in den Kellerraum, dessen Tür gleichfalls aufstand. Hier fand man eine Menge Benzin, das sich aber noch nicht entzündet hatte. Nun drang man in das Obergeschloß ein und fand hier zunächst eine männliche Leiche mit gepflanztem Schädel. Es wurden die anderen Räume geöffnet und in den nachfolgenden Zimmern fand man fast alle Leichen mit dem Kopf nach der Tür liegen.

Am Dagheloch lag die in eine Decke gehüllte Leiche der Schwägerin Ella Roth. Sie mias am Hals eine Stichwunde auf. Mit Wäsche und Tuch konnte die Leiche der Schwägerinmutter gereinigt werden, weil das betreffende Zimmer gleich einem Teil des Dagheloches in dichtem Qualm gehüllt war.

Der Bauunternehmer Petri ng hat feierlich das Haus für die Firma von der Angelegenheit, in dem Angerstein 1921 eingeht. Gleich darauf habe Angerstein behauptet, daß Einbrecher dazwischen seien und ließ die Tür mit Eisenbändern und Niegeln versehen. Auch dieser Zeuge hat sich an den Polizeiberichten am Sonntag beteiligt, nach kaum einer Minute ist schon sein Votum nicht aus den



Bildet die internationale Gewerkschaftseinheit! Zerbrech die Sabotage der SPD!

Handen gelaufen. Er habe gleich geäußert, daß hier jemand am Werke gewesen sei, der genau mit der Pausenlage Weiblich übereinstimmend die rickfändige Geistesbeschaffenheit der deutschen Justizvertreter ist die Zurückweisung des Prof. Borchers, der als Vizepräsident Angerstein unterzogen sollte, durch den Staatsanwalt. Die Aufstellung eines Anklageur, erklärte der Staatsanwalt, sei ein unerhörter Verstoß. Das Gericht beschloß, Prof. Herberich als Sachverständigen zu laden. Lehmte es jedoch ab, ihm eine Unternehmung des Angeklagten im Gefängnis zu gestatten. Eine Verurteilung der Verhandlung auf 14 Tage, wie sie die Verteidigung darauf forderte, wird vom Gericht abgelehnt. Dann wird in die Vernehmung der beiden Kreisräte über die Obduktion der Leichen eingetreten.

Krau Angerstein war eine sehr schwächliche und arme Frau. Der Tod ließ insofern Verblutung empfinden, ohne daß sich über die Dauer des Todeskampfes genauere Angaben machen lassen. Der Sachverständige hat auch die Leiche Dithmarsch obduziert, der ein ausgeklühter Mann gewesen ist. Die Leiche habe eine ganze Reihe von Verletzungen aufgewiesen, durch die das Schädeldach abgehoben und das Gehirn herausgeschlagen sei. Es habe sich dabei um einen tödlichen Schlag mit einem wuchtigen Gegenstande gehandelt. Wahrscheinlich sei er zunächst mit einem wuchtigen Gegenstand niedergedrückt worden, und dann wurden auf dem am Boden Liegenden die übrigen Schläge ausgeführt. Dr. Pipp hat dann noch die Leiche der jugendlichen Schwägerin nachgesehen. Bei der Verdadit laut geworden war, daß Angerstein mit ihr Geschlechtsverkehr ge-

haben habe. Die Untersuchung ergab jedoch, daß dieser Verdacht vollkommen unbegründet war.

Nach den Aussagen des Kriminalkommissars Mielke haben die Polizeiermittlungen u. a. folgendes ergeben: Im Laufe selbst herrschte eine solche Meinung, daß die Beamten den Einbruch gemannt, daß ummittelbar Einbrecher gehäuft haben können. In den Abenden waren Wächter bei in Anleiche. Im Keller lag auf einem Sofa der erlöschende Hund. Der ganze Befund sprach dafür, daß kein Fremder die Tat begangen haben konnte, denn der sehr scharfe Schäferhund hätte keine andere Person, als einen Hausangehörigen an sich heranzulassen. Inzwischen sei dann die Meldung gekommen, daß Angerstein in der Tat eingekerkert worden sei. So schloß man denn aus allem, daß nur Angerstein selbst der Täter sein konnte. Die Mitglieder der Gerichtskommission hätten zwar zuerst die Köpfe geschüttelt, denn eine solche Vermutung erschien ihnen nicht glaubhaft. Man hätte dann aber an den Kindern Angersteins eine Lammene Fetzener und großer Wächter gefunden, während am Mantel selbst keine Wäffeln vorhanden waren. Die Schnittwunden hat sich Angerstein wahrscheinlich mit der rechten Hand zugebracht. Die Polizei glaubt, daß Angerstein die Tat ganz planmäßig vollzogen habe, und zwar zunächst die Angehörigen und dann die Angeklagten einzeln in die verschiedenen Zimmer hinarbeitet, um dort einen nach anderen nichts wußte und sie dann einzeln umbrachte.

„Kote Lieder und Gedichte“

Von Hilde Wertheim-Holmann

„Eine Reihe von Liedern und Gedichten künstlich erstlichen, stellt einen charakteristischen Abschnitt der Epoche der proletarischen Revolution dar. Sie treten mit neuen Problemen vor die Welt, mit denen fertig zu werden sie zingen. Es sind mit ernste Anliegen dafür, daß die Revolution aus sich heraus auch eine neue Kunst schaffen wird. Nicht alle erreichen Vollendung im Ausdruck, doch tragen sie alle neuen Stoff in neue Formen zu liefern. Die alte literarische Kunst fehlt den Gedichten, die uns in drei Bänden vorliegen.“

Die „Koten Lieder und Gedichte“, die der Neue Deutsche Verlag herausbringt, bilden eine Sammlung better Musikale. Nicht ein einzelner Dichter schenkt sie uns, sondern das revolutionäre Proletariat selbst. Auch bei bekannteren Gedichten fehlt bei Namensnennung die der gelungenen Sammlung nur den Charakter rauben könnte. Angedehnten an die Sammlung von Gedichten findet sich ein Anhang jener schon vollständig gewordenen Gedichte, wie das Spatstadium, die schon infolge ihrer Unvollständigkeit in den Spat der proletarischen Revolution entstanden werden.

Jiri Wolters „Schwere Stunde“ stellt die neuen Probleme in eine formvollendete Sprache. Es klingt hier nicht wie eine Abhandlung, ein Einbruch, dessen man sich bei Bekanntschaft nicht ganz gewöhnen kann. Es ist keine Poesie zu den letzten Fragen, die der Kampf des Proletariats um die Macht des Proletariats aufwirft. So klingt in der „Schwere Stunde“ der große Gegenwartsdramatiker und die zukünftige Ueberwindung heraus.

„Kote Lieder und Gedichte.“ — Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

„Kote Lieder und Gedichte.“ — Ueberlegt von Hilde Schid. — Agis-Verlag, Wien.

Stadtheater

„Liede“ von Anton Wildgans

Auch dieses Schöne, in melodramatisches Süßigkeit auslaufende Stück zeigt die Struktur des revolutionären bürgerlichen Geistes. Bürgerliche Tragik ist es, daß das Individuum an der eigenen Ideologie scheitert. Während es nun nahe liegt, diese Ideologie zu prüfen, um ihren wahren Lebensgehalt festzustellen und zu ermitteln, so nicht vielleicht das sich dagegen aufbauende Freiheitsbedürfnis

recht hat, bleibt sie in ihrer Sturheit erhalten und die sich ergehende Distanz wird dem Leben zu weit geleget. Und da es an dem Mut großer tragischer Epochen (Schopenhauer) zur Konkurrenz fehlt, endet die Geschichte in einem Kompromiß. Zur Diskussion — denn mehr ist dieses Schauspiel nicht — führt das Verhältnis des rein künstlich erstlichen Liebes zur Liebe in jenem totalen Erlösen, wodurch das Individuum ausgebildet, aber mit der immer härter werdenden Individualisierung immer präziser individualisiert geformt hat. Der Mensch, der immer mehr die Beziehungen zur Gemeinschaft verlor, bedurte immer stärker eines einzelnen, der ihm die Gemeinschaft ersetzte, und ihn selbst in seiner Isolation des Erlöses darab befähigte, daß er auf ihm die Totalität seines Empfindens übertrug. Aber das wurde gerade um so schwerer, als der einzelne immer mehr an mehrer Totalität verlor und deshalb den Beziehungen des Individuell vielen — als „Stimmungsgemeinschaft“ — ausgeliefert wurde. Daran scheiterten die Ehe aller einigermaßen selbstregulierten Individuen. Daran scheitert auch die Ehe in diesem Stück. Das Schiedelgebende wäre, die Haltung zur Gemeinschaft zu prüfen, und es müßte schon zweifelhaft machen, ob ein Ideal menschenwürdig ist, das aus sich heraus zu jener Härte verführt, wie sie der Held dieses Stückes, Marini, der Kolotte Vera gegenüber beweist, die doch nicht weniger in Schidial verflochten ist als er selbst. Die Lösung wäre der Bruch mit einem solchen lieblichen Ideal und die klare Erkenntnis der hohen Aufgabe des auf die ganze Menschheit gerichteten Gedächtnis. Aber bescheidend kommt es zu nichts als Jodeln an der eigenen Kraft und an der Erkenntnis der Liebe, da der müde Geist nicht den Mut beifist, sich von seinem Phantom abzuwenden. — Die Darstellung hatte das Rechte aus dem Stück heraus. Paula Tiegler-Vange, die sich in der Rolle der Anna verlobend, war bemerkenswert ausgefallen und hatte Momente harter, jenseitiger Aufrichtigkeit. Trotzdem hielt im ganzen etwas zurück, was wohl nicht der noch einer letzten sorgfältigen Bearbeitung verlangt. Das beste, was man der Darstellerin wünschen kann, ist, daß sie an ihrer neuen Wirtungsstätte einen abgelegenen Spielort findet. Jiri Denel arbeitete den Problemehalt des Stückes mit großer Kritik heraus und übernahm namentlich durch seine mimische Ausdruckskraft. In der Entwürfen mit angelernter Hand die Rolle des Fremden und Weltens drummers mit dem fiktiven hilflosen Namen Vitus Werdegrün von Alfred Daller, aber es umwachte ihn, namentlich im ersten Akte, zu wenig Gut-fremder Erbdeite — er war zu lange im Zurückbleiben geblieben. Das Kommando des Wagner-Vange, das er zuletzt auflegte, war bedeutend. Prodnovil wieder Deimite Jiegler, die Inhaberin des Sotons der Liebe, auch der Lebegrets von Liebmann keine

übliche Studie. Beriel Grether lehr temperamentvoll und feingliedrig als Vera. Die Spielleitung Dietrich, wie immer, großartig, aber doch nicht dicht genug, um lo der Differenziertheit entbehren zu können, wie es leuchtet. Die Bühnenbilder von Oppier brachten nicht das, was sie wollten.

Theater und Konzerte

• Stadtheater. Das Schauspiel hat für die Spielzeit 1925/26 folgende Werke zur Aufführung angenommen: 1. Als Aufführungen: „Rosa! Rosa!“ von Dennis Sturm; „Schwalben“ von Benno Helfert; „Ariele!“ von Franz Kall. 2. Als Erstausführungen: „Die heilige Johanna“ von Cham; „Rabe“ von Baur; „Die feindlichen Brüder“ von Albedross; „Das weite Land“ von Schmidt; „Die Gabe Gottes“ von Goldstein; „Nicht und die 32 Gedichte“ von Schid; „Kotete“ von Müller; „Rechtliche Beziehungen“ von Bronnen; „Die Rückkehr des Niemand“ von Feldhaus. 3. Neu einstudiert werden u. a.: Goethes „Egmont“; Sebells „Judith“; Schillers „Fiesko“; Schopenhauers „Hamlet“ usw.

• Bezirks-Sängerfest. Am Sonntag, dem 12. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in P a p i s - M o d e l i k das 33. Bezirks-Sängerfest des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes statt. Männer, Frauen, Gemischte und Waldenserchor von circa 60 Vereinen mit 2200 Mitgliedern werden in einem Festungschor für Können zeigen. Am Sonntag, dem 13. Juli, wird nach einem langen Zuge durch die Ortschaften auf der Festwiese ein großes Vokal- und Instrumentalkonzert veranstaltet, zu dem ebenfalls ein reichhaltiges Programm aufgestellt ist. Der Arbeiter-Sängerbund Halle beteiligt sich an dem Vortragungen mit „Sonnenanfang“, Tag 1 aus der Symphonie „Sonnenliegen“ von Brimms. Wir werden über den Verlauf des Sängerefestes berichten.

• Volkshaus. Das multifunktionale Volkshaus „Die Frau ohne Ruh“ wird am Donnerstag, dem 8. Juli, 8 Uhr, im Theatertheater gegen den Widerstand in der Gesellschaft, Freitags 11 Uhr, mit einem Stück mit „Lied“ von Anton Wildgans am Freitag, dem 10. Juli, 8 Uhr, im Theatertheater nochmals wiedergeht. Die Mitglieder, die sich gegen außerordentliche Bezahlung diese Karten mehr bekommen konnten, werden gebeten, die Karten umgehend in der Geschäftsstelle abzugeben.

• Joe. Jung Sengenbels Singchöre am 21. Juli. Täglich Vorkonzerte, Sonntag 14 bis 18 Uhr, Sonntag, vormittags 11 Uhr, nachmittags 3 bis 5 Uhr, Donnerstag, den 8. Juli, nachmittags 4 und abends 8 Uhr, Konzert des Sängerefestes im Theatertheater.

• Volkshaus-Vereine wieder Varietal. Adolf B e g e l, einer der prominentesten Varietalisten, hat vom 1. Juli 1925 an auch unter dem Namen „Die 20 besten“ zu kommen, um es seinen Konzerten anzuschließen. Das Haus wird zunächst einer Revision unterzogen, am 1. August mit einem effektvollen multifunktionales Varietal-Programm eröffnet zu werden.

Vorteilhaftes Zigarrenangebot!

Eine Partie Lagerposten zu außergewöhnlich billigen Preisen

Große volle Formate

aus besten Meberseetabaken hergestellt, in den Preislagen

1061

6 Pf., 7 Pf., 8 Pf., 10 Pf., 12 Pf., 15 Pf.

bieten günstige Einkaufsmöglichkeit, umso mehr als mit der Zollerböhung eine allgemeine Preissteigerung droht

Zigarrenhalle Walter Wilhelmy & Co.

Merseburger Straße 32 Weißenfels Große Burgstraße 1



Bezugsleitung für partei-freie...
Cesara u. Koll. Vertriebsstr. 14, Fern-
ruf 1473 - Volkshaus Leipzig 107 001.
Karl G. Müller, Reichs-Bezirks-Ge-
schäftsleiter, Leipzig 9 bis 6 Uhr. Sonn-
abends nachmittags 4 bis 6 Uhr.

Unterstützt Halle-Grünfeld

Schreibmaschinen. Mittwoch 8 Juli, abends 8 Uhr, in der „Produktion“. Alle dazu gehörigen Genossen haben unbedingt zu erscheinen.
Mittwoch 17. Juli. Parteiverammlung am Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, in der „Produktion“. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
Donnerstag 18. Juli. Zweite Informationsabend am Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, in der „Produktion“. Thema: Der imperialistische Staat. Alle Genossen und Genossinnen haben die Pflicht, an diesem Informationsabend teilzunehmen.
Schreibmaschinen. Sitzung am Donnerstag, 9. Juli, 7 Uhr abends, an bestimmter Stelle.
Freitag. Große öffentliche Erntedankfestversammlung Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Lokal der Arbeiter“.
Sonntag. Große öffentliche Parteiverammlung Freitag, 10. Juli, abends 8 Uhr, im „Lokal der Arbeiter“.

Unterstützt Weissenfels-Grünfeld

Freitag. Parteiverammlung Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, „Lokal der Arbeiter“. Erntedankfest-Parteiverammlung Freitag, 11. Juli, abends 8 Uhr, in „Lokal der Arbeiter“. Alle Parteimitglieder der Ortsgruppen des Reichsbannervereins müssen teilnehmen und pünktlich erscheinen.
Freitag. Parteiverammlung Samstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Lokal der Arbeiter“.

Unterstützt Weissenfels-Kamberg-Teil

Freitag. Große Parteiverammlung der Ortsgruppen Teil, bei Herrn Sauberg am Freitag, 10. Juli, abends 8 Uhr, in der „Produktion“. Die Ortsgruppenleiter, Kulturreferenten, Parteisekretäre, Parteivorstände, Gewerkschaftsfunktionäre haben teilzunehmen zu erscheinen.



Empfehlenswerte Literatur

Bezugs-Zentralbuchhandlung
Halle a. S., Vertriebsstr. 14
und deren auswärtigen Filialen

- V. Lenin: Die Kinderkrankheit des „Radikalismus“ im Kommunismus mit Einleitung und Erläuterung versehen von Max Loh. ... brosch. 1,00
- Wagnersche Werte. Sammelband brosch. 6,00 geb. 8,00
- Ausland, Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation. ... 2,70
- Die Internationale, Nr. 6. ... 0,50
- Ueber die Waffenhilfe der Parteien der R. Z. 2. Erg. Heft zur Internationale. ... brosch. 0,30
- Warum Arbeiterdelegation? ... brosch. 0,10
- Die deutschen Gewerkschaften und der Kampf um die Einheit von Arbeit. ... 0,30
- Grundriss: Kinderzugen, Fruchtverhütung, Fruchtanbau. ... 0,50
- Kritik: Warum die Kirchbäume in Mansfeld im Herbst blutrote Blätter haben. Bilder aus der Geschichte des Mansfelder Landes. ... 0,50

Programme

Familien-Nachrichten

Dank
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Großeltern 1958

Marie Gutzjahr
lagen mit unsern innigsten Dank. Besonders Dank bei: Reichel, A. u. Genossen Einfeld und Vella für die zu Herzen gehenden Worte am Grabe sowie der Firma Daud für ihre Teilnahme. Weissenfels, den 7. Juli 1925
Famille Gutzjahr

Internerentnahme
für die Mansfelder Lande für
„Klassenkampf“
Eisleben, Rathausstr. 7
Alle Neubewerberinnen und Bewerbern über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Veranlassungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle
Funktionäre. Freitag, 10. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, große Sitzung. Kein Komrad darf fehlen.
Sprecher. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, Probe. Kein Komrad darf fehlen.

Kamberg
Werkeleit 4 (Nord). Mittwoch, 8. Juli, 8 Uhr, im „Volkspart“, Funktionäre. Die für Donnerstag angelegten Veranlassungen fallen aus, dafür Veranlassung am Donnerstag, Freitag, Funktionäre um 6 Uhr im „Volkspart“. Alles hat teilzunehmen zu erscheinen.

Unterstützt Grünfeld
Werkeleit 4 (Süd). Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, große Ortsgruppe und erschienen.
Sprecher. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, Probe. Kein Komrad darf fehlen.

Unterstützt Weissenfels
Funktionäre. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, große Ortsgruppe und erschienen.
Sprecher. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, Probe. Kein Komrad darf fehlen.

Unterstützt Kamberg-Teil
Funktionäre. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, große Ortsgruppe und erschienen.
Sprecher. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, Probe. Kein Komrad darf fehlen.

Unterstützt Weissenfels
Funktionäre. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, große Ortsgruppe und erschienen.
Sprecher. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, Probe. Kein Komrad darf fehlen.

Unterstützt Kamberg-Teil
Funktionäre. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, große Ortsgruppe und erschienen.
Sprecher. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“, Probe. Kein Komrad darf fehlen.

Merztlicher Aufklärungs-Vortrag über die Schüblersche Biochemie

Vorleser: Vol.-Med.-Rat Dr. V. Nagel
am Dienstag, den 14. Juli 1925, abends 8 Uhr, im „Städtischen Haus“.
Zur Dedung der Unkosten und für die zur Verteilung gelangenden Aufklärungsschriften werden 50 Pf. Eintritt erhoben.
Verein der Ärzte zu Halle u. Umgegend (E. V.)
Verband Halle'scher Kassenärzte (E. V.)
Zahnarztverband für Halle und Umgegend

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspart) ca. 5000 Bände
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Sicherheitsdienste zu haben in der Volkshauskassa, Garz 4/44

Bekanntmachung
Nach § 4 des Wandlerer-Steuergesetzes vom 14. April 1925 beträgt die Steuer für jede Wache der Tauer des Wandlererbetriebes in Orten mit mehr als 10000 Einwohnern 10 Pf., sofern der Betrag nur von einer Wache verfallen wird; je erhöht sich für jede weitere in Betriebe tätige Wache (Wachunternehmer oder Angestellter) um den gleichen Betrag, für einen nur mechanische Dienstleistungen verrichtenden Gehilfen (Schwänker, Kautzer, Laufburschen oder Laufmädchen) und bergeht um den halben Betrag.
Gemäß § 5 a. d. H. haben die häftigen Körperkassen unter dem 25. Mai/25. Juni 1925 die Erhebung eines Zulages von 100 von Hundert zu den häftigen Steuerhöhen beschließen.
Halle, den 4. Juli 1925
Der Magistrat

ZOO ZOO

John Hagenbeds
Singhalesen-Schau
bis 21. Juli

Tägl. Vorstellungen Tägl. Vorstellungen
Wochentags von nachmittags 1/2 4-1/2 8 Uhr
Sonntag vorm. 11 Uhr u. nachm. n. 3-1/2 8 Uhr

Donnerstag, 9. Juli, nachm. 4 und abends 8 Uhr:

Konzerte
des Halle'schen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Bruno Bläß 2125
Eintritt für Konzertbesucher 30 Pf.

Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiterverband Weißenfels
Friedrichstraße 8
Freitag, den 10. Juli 1925, im „Lokal der Arbeiter“:

Mitglieder-Verammlung

Erscheinen aller ist Pflicht. Gleichzeitig machen wir hierdurch bekannt, daß am Sonntag, dem 12. Juli 1925 die Wahl der Delegation zum Gewerkschafts-Kongress stattfindet. Wahllokal ist „Lokal der Arbeiter“ zum roten Zinnen“. Wahlzeit ist von 10 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachmittags. Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
1950

Die Ortsverwaltung

Stempel-Pfautsch
Nikolaistr. 6
Fernruf: 3668

Herrn. Hollstein, Weissenfels

Lebensmittelhaus
Wahlstraße 17
Tägl. geöffnet von 10 Uhr bis 8 Uhr
Sonderpreise für
Käse, Butter, Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse, Getreide, Mehl, Zucker, etc.
Täglich frisch zubereitet
Kuchen, Gebäck, etc.
Täglich frisch zubereitet
Kuchen, Gebäck, etc.

Achtung!

Wichtig! Täglich, findet wieder auf dem Weissenfels-Wochenmarkt der große billige

Seefisch-Verkauf
der Seefisch-Verkauf
Handlung Halle
Belagte Qualitätsware!
Kontingenzlos billige Preise!

Thalia-Theater

Donnerstag 8 Uhr
Freitag 8 Uhr
Sonntag 3 Uhr
Freitag 8 Uhr
Freitag 8 Uhr

Bettenreinigung
Mit moderner Methode
gründlich u. preiswert
Weissenfels

Bruno Paris
Kleidermacher
Eing. Kamptzstraße
2 Minuten v. Markt

Bubis Erlebnisse und Streiche

Bubi hat seinen Vater bei guter Laune getroffen und von ihm eine Eintrittskarte in den Zoo erhalten. Dort streicht er fort umher und überlegt, was für Streiche er ausstellen sollte. Den Hirschen spielt er ins Gesicht, dem Bären wirft er Steine in den Kasten und nach dem Kanarienvogel mit dem Stock. Beim Elefanten bleibt er lange stehen und betrachtet aufmerksam dessen Rüssel. Als er an demselben viele Ritze und Sprünge bemerkt, springt er fort, holt eine Schachtel Bubo-Schubputz und bestreicht damit den Rüssel des Elefanten. Weil Bubi weiß, dass Bubi alle Ritze und Sprünge an Schuhen schliesst, meint er, dies müsse auch hier der Fall sein.
Bubi hat hergestellt aus feinstem Terpentinöl und besitzt daher die Eigenschaft, das Leder weich und geschmeidig zu machen. Jeder Schuh, welcher mit Bubi gepulvert wird, behält lebenslang sein elegantes Aussehen. Bubi erzeugt im Nu schönsten, dauerhaften und wasserfesten Hochglanz. Kaufen auch Sie nur Bubi und merken Sie sich:
Bubo Terpentinöl-Creme
Immer für die Schiene nehmen.
Bubowerk, chem. Fabrik, Schwennigen a. N.

DRUCK

all Art in ein- und mehrfarbigem Druck fertigt zu zeitgemäßen Preisen schnellstens an die

DRUCK

Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH, Halle, Lerchenfeldstr. 14; Fernruf 1045, 1047, 2251

Waffen deutscher Behörden gegen Sowjet-Rußland:

Gefälschte Dokumente

Enthüllungen der „Iswestija“ - Warum wurde Druschelowski freigelassen?

Wie wir wiederholt nachzuweisen in der Lage gewesen sind, hat der in Berlin verhaftete und dann beiseitegeschoben...

Wir haben schon anlässlich der Veröffentlichung Druschelowskis gegen die selbst bürgerliche Blätter geschrieben haben...

Druschelowski auch für die deutschen Behörden Dokumente gefälscht

haben muß. Aber magte eine amtliche Stelle unsere Feststellungen zu bekräftigen, noch erhielten wir auf die von uns gestellten Fragen irgendeine Antwort...

Die „Iswestija“ Nr. 149 veröffentlicht das folgende Faktum, durch das „bewiesen“ werden soll, daß die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion Gebührenscheinungen für die Kommunistische Internationale an die K.P.D. tätigte...

Der Text des Schriftstückes lautet in deutscher Sprache folgendermaßen:

UNION SOZIALISTISCHER SOWJET-REPUBLIKEN Berlin SW 69, den 3. Mai 1925. Handelsvertretung in Deutschland Streng geheim. Berlin SW 69, den 3. Mai 1925. Liebesstraße 20/22.

An die Finanzabteilung des I. K. K. I., Moskau, Krem (Abteilung Deutschland) Abschrift an die Finanz-Abteilung der D. I. K. I. (Sekretariat) Wien, Botschaft.

In der Anlage überreichen wir Ihnen einen Rechnungsauszug der Zahlungen und Ausgaben, die wir aus den Summen unserer Finanzabteilung auf Order der Vertreter des I. K. K. I., D. I. K. I. und auf besondere Forderungen des Z. K. K. P. D. vorgenommen haben.

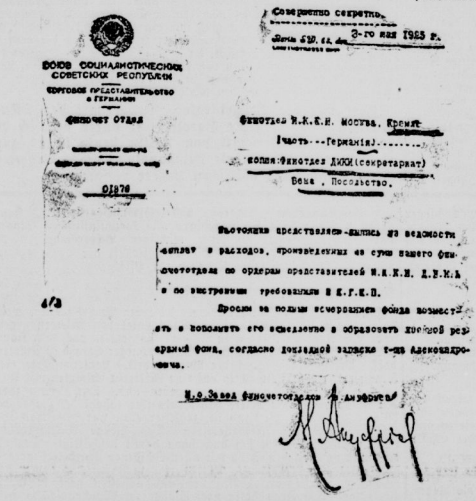
Wir bitten, die völlige Streichung des Fonds zu veranlassen, denselben unverzüglich zu ergänzen und einen doppelten Reservofonds zu bilden im Einverständnis mit dem Berichtschreiber des Gen. Alexandrowitsch.

Leiter der Finanzabteilung (M. A. n u r i e f) Unterschrift

Das verbrecherische Spiel muß aber sofort aufgeklärt werden: Welches ist die amtliche Stelle, die den Auftrag zur obigen Fälschung gegeben hat? Wie weit ist der preußische Innenminister, der Sozialdemokrat Severing, in dieser Sache verwickelt?

Warum konnte der Dokumentenfälscher Druschelowski freigelassen werden?

Und vor allem: inwieweit hat die Stresemann-Luther-Regierung die Fälschung veranlaßt, um eine bestimmte politische Linie gegen Sowjet-Rußland mit dem Ziel des Krieges zu verfolgen? Wie Angelegenheit ist noch lange nicht erledigt. Sollte auf diese Fragen, wie gewöhnlich, keine Antwort erfolgen, so werden wir offener sprechen müssen.



Ein neuer Sinowjew-Brief

In Frankreich

Raum ist der bekannte interretrolokale Dokumentenfälscher Druschelowski in Berlin aus der Haft entlassen worden und schon taucht ein neuer Sinowjew-Brief auf.

Der „Matin“ veröffentlicht unter der sensationellen Überschrift: „Die Sowjets haben den Funken an das Pulverfaß gelegt“, ein angebliches Sowjetdokument, aus dem hervorgeht, daß die Sowjetregierung die Aufstehungsbewegung in China finanziert hat.

„In Beantwortung ihrer Information Nr. 454 wurde beschlossen, Sie zu benachrichtigen, daß außer den bereits erhaltenen Instruktionen Sie sich in Ihrer Arbeit speziell an die Instruktionen 11 F und 12 C zu halten haben.“

1. Die von uns gegründeten Streikkomitees müssen ständig unter Ihrer unmittelbaren Kontrolle stehen und Ihre Arbeit muß von Ihnen überwacht werden. Die bereits erhaltenen oder noch einzureichenden Geldbeträge müssen unter Ihrer Kontrolle herausgegeben werden; von dieser Bestimmung ausgenommen sind die von den Streikkomitees der chinesischen Organisationen gesammelten Gelder, wenn eine derartige Kontrolle nicht leicht ausführbar ist.

2. Sie dürfen nie außer acht lassen, daß Ihre Hauptarbeit in dem Zusammenhang der chinesischen Arbeiter besteht; der einliegende Streik wird Ihnen angehen, wenn Ihr Ziel erreicht ist. Der Streik wird auch bewiesen, in wie weit Ihre Bemühungen, den Zusammenbruch der chinesischen Arbeiter herbeizuführen, Erfolg hatten. Der Streik muß spätestens im Februar erklärt werden, damit wir uns bei der nächsten Sitzung des Direktionskomitees darüber Rechenschaft geben können, ob unsere Instruktionen befolgt und ausgeführt wurden.

3. Über alle durch die Vorbereitung des Streiks hervorgerufenen Ausgaben muß eine besondere Abrechnung geführt werden. Diese Abrechnung ist dem Finanzamt zu überlegen, welches Ihnen die erforderlichen Beträge vorstrecken wird.

Vergessen Sie nicht, Ihren Berichten über die Fortschritte der Propagandaaarbeit Angaben über die Streikbewegung unter den chinesischen Arbeitern der ausländischen Unternehmen beizufügen.

Stempel der Propagandalektion von Shanghai PCR. Mit kameradschaftlichem Gruß, der Sekretär des politischen Bureau (Unterschrift).

Der Sekretär der Propagandalektion (Unterschrift) Shanghai, den 16. Januar 1925.

Zwei kleine Hinweise genügen, um den Charakter dieses „Dokuments“ als Fälschung, und dazu als eine haarsträubende dumme Fälschung darzulegen.

1. Die Buchstaben PCR (Mischung von dem französischen Parti communiste russe) weisen darauf hin, daß das Dokument in Frankreich fabriziert wurde. Ruffin würde es K.P.D. heißen.

2. Das wunderbarste ist der „Stempel der Propagandalektion von Shanghai PCR.“ (!). Was PCR hier bedeuten soll, ist absolut unverständlich.

Im übrigen ist das Dokument so lächerlich und uninteressant, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen.

Richters Geständnis vor dem Barmat-Ausschuß

Seilmann meineidig

Berlin, 8. Juli. Im Untersuchungsausschuß der Barmat-Rüttner-Affäre des Landtags am 8. heute zu höchst merkwürdigen Szenen. Wie viele andere Zeugen, mußte auch der frühere sozialdemokratische Polizeipräsident Richter vor dem Ausschuß erscheinen. Richter erklärte, seine früheren Aussagen in der Barmat-Affäre ergänzen zu müssen. Er hat, viele Ergänzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit machen zu dürfen.

In einer späteren Geschäftsordnungsberatung kam dann der Ausschuß zur Überzeugung, daß die Aussagen Richters nicht als verlässlich betrachtet werden dürften, da sie neues Material zur Barmat-Affäre erbracht hätten. Zur großen Überraschung des Ausschusses ließen Herrn Richter bei seinen Aussagen die Tränen über die Wangen und schließlich brach er in hysterisches Schreien aus, das seine Worte vollkommen unverständlich machte. Die Sitzung mußte deshalb ungefähr eine Viertelstunde ausgesetzt werden, in welcher Zeit Herr Rüttner sich eilig bemühte, seinen Freund Richter wieder in das normale Geleis zurückzubringen, damit das Geständnis Richters nicht allzu angenehm für die SPD, ausfalle.

Zudem machte er, nachdem er sich etwas gefaßt hatte, sehr wichtige Aussagen. Unumwunden bekannte Richter, daß er sehr erhebliche Geldsummen bei den verschiedenen Gelegenheiten von Barmat erhalten

hat. Sein Gehalt als Berliner Polizeipräsident habe ihm nicht ausgehört. Barmat habe seiner Familie unter anderem einen Bodenkaufvertrag an der See verschafft. Seine Tochter habe von Barmat mehrere Geburtsstagsgeschenke erhalten. Seine aus-

gehenden Reisen mit Barmat hätte er von seinem Gehalt als Polizeipräsident niemals betreiben können. Sie seien stets von Barmat bezahlt worden. Dazu habe er nicht nur Demo-Aktion von Barmat erhalten, sondern auch Aktien vom Norddeutschen Lloyd und der Hamburger Elektrizitätswerke.

Im Ausschuß erregte es große Aufmerksamkeit, als er erklärte, daß er im Auftrage Barmats Geschenke an seine Freunde verteilt habe. Darunter waren auch Geschenke von Barmat an Seilmann, der bekanntlich unter Eid ausgesetzt hat, niemals Geschenke von Barmat entgegengenommen zu haben.

Der Barmat-Skandal scheint durch diese dramatische Szene im Untersuchungsausschuß wieder ins Rollen zu kommen. Raum hat die SPD den früheren Reichstagsler Bauer rehabilitiert und in die SPD wieder aufgenommen, geht der Barmat-Skandal von neuem los. Herr Rüttner hat sich rechtlich bemüht, die Lage nach Möglichkeit zu retten. Während der Heulphase von Herrn Richter hat Herr Rüttner Richter wie einen Kranken Hund zugeredet, so daß Richter, als er sich wieder gefaßt hatte, seinen Zusammenbruch damit erklärte, daß ihm in dem Augenblick, als er gesprochen habe, die Erinnerung an die frühere schöne Zeit mit Barmat wieder aufgetaucht sei.

Wir find nicht des Glaubens, daß der parlamentarische Ausschuß auch nur einigermaßen den Schleier von diesen Dingen lüften wird. Trotzdem ist es notwendig, mit aller Schärfe vorzugehen, damit der Barmat-Skandal erneut aufgerollt wird. Es darf nach den wenigen Aussagen von Richter nicht weiter geschehen, daß z. B. Herr Seilmann weiter unbescholten bleibt. Es ist klar und feststehend, daß er sich vor dem Untersuchungsausschuß eines Meineids schuldig gemacht hat. Herr Seilmann muß wegen dieses Meineids zur Rechenschaft gezogen werden!

Zur Klärung ist folgendes zu bemerken: 1. Anurief (dessen Unterschrift sichtlich gut nachgeahmt ist) hatte niemals irgendwelche Beziehungen zu Finanzangelegenheiten und war Leiter der Personalabteilung der Handelsvertretung. 2. Zu dem Zeitpunkt, als das Dokument fabriziert wurde und in die entsprechenden diplomatischen Hände gelangte, das ist im Mai 1925, befand sich Anurief schon lange nicht mehr in Berlin, was leicht auf Grund des ihm erteilten Schutzworts festzustellen ist. 3. Nicht bei einer Behörde der Sowjetunion im Ausland ist ein Alexanderowitsch je angestellt gewesen. 4. Wie bekannt ist, hat die Sowjetunion im Ausland keine Konsulate, sondern bevollmächtigte Vertreter, und die Behörden, an Spitze welcher die bevollmächtigten Vertreter stehen, werden nicht „Konsulate“, sondern „Konsproben“ genannt. Deshalb existiert in Wien kein Konsulat, und was in dem oben angeführten Dokument „Konsulat“ genannt wird, heißt in der offiziellen Korrespondenz „Konsproben“. 5. Bei Durchsicht der offiziellen Ausgaben und veröffentlichten Literatur der Kommunistischen Internationale von Zeitungsartikeln oder Dokumenten, die in der russischen Sprache erschienen, läßt sich feststellen, daß die allgemeine Bezeichnung der Kommunistischen Partei Deutschlands lautet: „Kommunistische Partei Deutschlands (K.P.D.)“ oder gefürzt: „K.P.D.“, welches dem deutschen „K.P.D.“, d. h. „Kommunistische Partei Deutschlands“ entspricht. Die in dem Dokument angeführte Kürzung „K.P.D.“ kommt nirgends vor. 6. Die Buchstaben „PCR“ sind völlig geheimnisvoll. In welcher Beziehung sollen dieselben zur Kommunistischen, den bevollmächtigten Vertretungen der Union im Ausland oder den Handelsvertretungen stehen? Wer weiß etwas über das Geheimnis dieser vier Buchstaben? 7. Die Räume der Komintern befinden sich nie und befinden sich nicht im Krem, sondern Moskau, Wochomajstraße. 8. Am gefälschten Dokument ist zum Teil die alte russische Orthographie angewandt, wie sie die Sowjetunion abgelehrt hat, so z. B. ist das Wort „Germanija“ (Deutschland) mit dem i alter Schreibweise geschrieben.

Die Fälschung hat natürlich nur den einen Zweck, Vorwände für neue Vorwürfe gegen Sowjet-Rußland zu schaffen. In dem Augenblick, wo die englische Regierung mit dem Kriege gegen Sowjet-Rußland droht, wo in allen bürgerlichen Zeitungen der Welt der haarsträubendste Schwindel über bolschewistische Agitatoren ausgehen wird, die angeblich in China und Marokko die Aufstände angezettelt haben, wo die Stresemann-Luther-Regierung im Begriff ist, ein Kriegsbündnis mit den Entente-Regierungen gegen Sowjet-Rußland zu schließen, wo infolge des Moscow-Artikels gegen Hindenburg und seine Kampfen eine Hege gegen Sowjet-Rußland künstlich injiziert wird, und wo vor allen Dingen unter Zustimmung der SPD-Preise der Latengreis-Kaufsch ganz offen die Kriegserklärung gegen Sowjet-Rußland verlangt, in einem solchen Augenblick beweist die Verwendung gefälschter Dokumente durch deutsche Behörden nur, daß man

ganz bewußt auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und auf einen Krieg mit Sowjet-Rußland hinarbeitet.

Dieser verbrecherische Anschlag wird von deutschen Profiteuren ausgenutzt gemacht werden. Selbst der letzte sozialdemokratische und indifferenten Arbeiter wird sich durch Dokumentenfälschungen gegen das Land der Arbeiter und Bauern nicht aufheben lassen.

Gewerkschaftsbewegung Der Kampf um die Industrie- verbände

Salle, 8. Juli.

Schon seit vielen Jahren hat die große Mehrheit der Klassenbewegung in Deutschland eingesehen, daß die alte gewerkschaftliche Berufsorganisation veraltet ist und daß die notwendige Entzweiung des Kapitalismus der Überwindung in neuen Organisationsformen erfordert. Die Bildung großer kapitalistischer Kongresse statt der kleinen miteinander konkurrierenden Einzelunternehmungen hat schon in den Jahrzehnten vor dem Kriege, noch mehr aber nach 1914 gemaßigte Fortschritte gemacht. Die Gegner der Industrieverbände, die Tarnovskis u. a. m., behaupten zwar, daß diese Kongressbildung jetzt wieder im Wahre begriffen ist, aber es ist für jeden Nachdenkenden klar, daß Ereignisse, wie der Zusammenbruch des Stinnes-Kongresses, durchaus keinen Zusammenbruch und keine Schwächung der großen Trusts bedeuten, sondern nur eine Fortsetzung innerhalb derselben. Die Führung der großen Trusts geht augenblicklich von der Schwerindustrie zum Finanzkapital über — aber der Konzern selbst bleibt bestehen und kann keine arbeiterfeindliche Tätigkeit in vollem und verfrähtem Maße ausüben. Und jeder Arbeiter, der einmal auf Grund seines Eintrittes für die Kongressbildung auf's Neue gelassen ist, weiß nur zu genau, daß die Organisation der Arbeitgeberverbände, ihr Schwärzen und ihre Mittel an immer härteren anzuwenden. Bei jedem Streik versetzen sie, daß die Unternehmer nicht nur eines Industrieschwelges, sondern aller Branchen eine immer festere Kampforganisation gegen die Ausgeburt der Arbeiterklasse bilden werden. So kann die Arbeiterorganisation des Proletariats, die mit jedem mächtigem Gegner zu rechnen hat, nur dann hart genug sein, wenn sie für die Erhaltung und Verbesserung der Lebenslage der breiten Massen der Dames, Sanierung zum Trost erachtet wird.

Daß die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft von der Notwendigkeit der Industrieverbände überzeugt ist, ergibt sich schon daraus, daß seit Jahren auf allen Gewerkschaftskongressen die Frage diskutiert wurde und Beweise für den Industrieverband gefordert wurden. Auf dem letzten ADGB-Kongress in Leipzig wurde ausdrücklich beschlossen, den ADGB-Vorstand mit der Regelung der Sache in kürzester Zeit zu beauftragen. Natürlich wurde die Sache einer Kommission übergeben und die brüderliche nun drei Jahre lang über den verschiedenen Entwürfen, ohne eine eigene Stellungnahme vorzulegen zu bringen.

Zwei Hauptströmungen sind innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie bei der Stellungnahme zu den Industrieverbänden zutage getreten. Die eine wurde schon in Leipzig vertreten durch Tarnow, die andere durch Dikmann. Beide wurden auch auf dem neuen Kongress als Referenten aufgeführt. Tarnow so lehnt mit dem meisten Bürokraten der alten Berufsverbände die Industrieorganisation grundsätzlich und offen ab. Er leugnet, daß die ganze Kongressbildung im Kapitalismus überhaupt mehr als eine vorübergehende Inflationserscheinung darstellt. Man soll alle beim „guten, bewährten Alter“ — lassen und nicht auf „neue Experimente“ eingehen. Es ist ganz klar, daß diese Gruppe von Bürokraten vor der Industrieorganisation eine maßlose Angst hat; er weiß sehr genau, daß sie sich nur in dem künstlich eingezwungenen Kreis ihrer alten Verbände anhalten können und beim Einbringen der Arbeiter in die Organisation um die Bildung des neuen ADGB. Darum droht Tarnow für den Fall, daß doch irgendeine Resolution für den Industrieverband gefaßt würde, offen mit der Spaltung.

Wenn man aber der Breslauer Kongress, wie es den Anschein hat, sich nicht auf die Umwandlung in Industrieverbände einigen kann, kann dann ein Zwang auf die widerstrebenden Verbände ausgeübt werden, wenn man die Einheit des ADGB nicht lösen will?

Diesem offenen Gegner des Industrieverbands steht die Richtung Dikmann gegenüber, die vor allem durch den DMB vertreten wird (sein letzter erneilterer Verbandsrat hat Anfang Juli die Stellungnahme Dikmanns erneut bekräftigt). Diese Gruppe verlangt vom ADGB-Kongress die Annahme einer ziemlich weichen Resolution für die Bildung der Industrieverbände. Es ist klar, daß eine solche Resolution nur einen sehr beschränkten Wert hätte, sie müßte doch, um praktische Bedeutung zu gewinnen, nicht nur angenommen, sondern auch vom ADGB-Vorstand durchgeführt werden. Und der wieder natürlich niemals ernstlich daran denken, gegen die Tarnovskis u. a. m. vorzugehen. Aber selbst wenn man von dieser Grundtatsache absteht, leidet der Standpunkt der Gruppe Dikmann an innerer Halbsch. Sie erkennt gar nicht, worauf es ankommt.

Fritz Kummert, der Thoretter des DMB, trägt selbst in einem Bericht darüber, daß die Bildung der Industrieverbände an der Gleichgültigkeit der Massen scheitert. Das ist nun nicht richtig, die Massenaktivität wäre schon da, wenn eine Stellung vorhanden wäre, die sie ins richtige Geleite lenken kann. Aber das ist richtig: es kommt bei der Bildung von Industrieverbänden nicht auf äußere Organisationsmaßnahmen an, sondern auf eine Reihe von Basisorganisationen als Sammelorganismus werden. Es handelt sich nicht mehr darum.

Die gesamte Arbeiterschaft jedes Industrieschwelges, jedes Betriebes zu gemeinsamer Aktivität zusammenzufassen, diese einzelne Mitglied im Betrieb dazu zu bringen, daß er in der Gewerkschaft die Angelegenheiten seines Betriebes, seiner Abteilung, seiner Werkstatt und seiner Fabrik mitteilt, mitbestimmt und mitentscheidet. Das bedeutet praktisch die Umwandlung der Gewerkschaft auf den Betrieb und nicht wie bisher auf das Wohngebiet, das bedeutet die Freigabe der Zahlreichen Arbeiter und der Betriebsräte zum gemeinsamen Funktionieren der Organisation. Der Industrieverband ist, wie Genelle Fritz Buchner in einem Artikel sagt, die Gewerkschaft der proletarischen Massen. Es ist klar, daß auch die Gruppe Dikmann einsehend an Industrieverbände in diesem Sinne denkt, weil eine solche Organisationsumstellung das Ende jeder reformistischen Gewerkschaftsausentwicklung werden würde!

Trotz dieser Halbsch der „industrieverbandsfeindlichen“ Richtung hat sich der ADGB-Vorstand nicht einmal dazu entschlossen, eine ihrer Resolutionen zu bekräftigen. In der Gewerkschaftssitzung vom 4. Juli erklärt alle „Rebellen“ der Gruppe Tarnow aufjemand, dann aber erklärt, daß eine Stellungnahme in diesem vom Bundesvorstand offenbar für richtig gehaltenen Sinn vom Kongress und von den Mitgliedern unabhängig aufgenommen würde!

Ein solches Ergebnis dem ADGB-Kongress unterbreiten, hieße mit leeren Händen kommen, hieße weiter die Forderung auf dem Kongress mit aller Bitterkeit erfüllen, die sich während des jahrelangen Organisationskampfes aufgebaut hat, hieße endlich den Kongress auf die Krefprobe der verschiebenen, einander widerstrebenden Richtungen vorsetzen (dazu ist er doch da?) . . . oder die ganze Frage abermals auf drei Jahre versetzen, mit all den nachteiligen Folgen für eine ruhige Gewerkschaftsentwicklung.

Um das zu vermeiden, hat der ADGB-Vorstand beschlossen, eine eigene Forderung zu machen, die den Gedanken der Industrieorganisation „ideell“ betont und auf sie als angestrengtes Ziel hinweist, ohne feste organisatorische Bindungen vorzunehmen, die angängig nicht durchführbar wären. Es wird also den einzelnen Berufsverbänden — d. h. ihrer industrieschwelgen Basisorganisationen — überlassen, ob und wie sie Industrieverbände bilden sollen. Nur zu einem letzten

Karzell sind sie verpflichtet: „Wohin man den Weg und nach ihm nicht nah!“

Die Umstellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung auf Industrieverbände hängt nicht von den Resolutionen des ADGB-Kongresses ab. Die Organisationsfrage kann nicht von der Frage der gewerkschaftlichen Kampfaktivität getrennt werden: Wenn in den Gewerkschaften ein neuer Geist einzieht, wenn die Arbeiter mit der reformistischen Taktik aufräumen, dann werden die Industrieverbände nicht nur auf dem Papier beschlossen, sondern auch geschaffen und mit lebendigem Kampfegeist erfüllt werden. Wenn der ADGB-Kongress in Breslau dazu beiträgt, die notwendige Umstellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung durchzuführen, wenn er für den geschlossenen Kampf gegen die Unternehmeroffensive, für die nationale und internationale gewerkschaftliche Einheit eintritt, dann leistet er auch zugleich die beste Arbeit für die Schaffung kampffähiger Industrieverbände. Darum muß jeder Gewerkschaftsmitglied, der es mit dem Klassenkampf ernst meint, der wirklich für die Bildung der Industrieverbände eintritt, bei der bevorstehenden Delegiertenwahl für den Breslauer Kongress für die oppositionelle Liste eintreten.

Voraussetzung für einen geschlossenen Kampf der Arbeiter

gegen die Unternehmeroffensive ist die Herstellung der nationalen und internationalen Gewerkschaftsähnlichkeit. Kongress stellt fest, was der Verbandstag der Arbeiterverbände in Leipzig zu dieser Frage beschließt.

Arbeiter des Baugewerbes, rüftet zum Kampf!

Die Scharfmacher der Unternehmerverbände des Baugewerbes wollen heute, wie aus dem Rundschreiben Nr. 27 an ihre Mitglieder hervorgeht, die Ausweitung für die gesamte Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt

beschießen. Bereits am Sonnabend, als man in Magdeburg in neue Erörterung über das am 8. Juli ablaufende Lohnabkommen eingetreten war, hatte man den anwesenden Unternehmern eine Entschiedenheit der Tarifgemeinschaft vorgelegt folgenden Inhalts:

- Die Tarifkommission beschließt:
- 1. Wenn es am heutigen Tage zu einer Einigung nicht kommt und daraufhin in den nächsten Tagen an irgendwelchem Orte ein Streik ausbricht, drei Tage lang in der gesamten Tätigkeit die Ausweitung sämtlicher Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Beton- und Tiefbauarbeiter vorzunehmen.
- 2. Wenn es am heutigen Tage zu einer Einigung nicht kommt, sofort den Schlichter als Schlichteranzusehen. Falls der Schlichter einen Streik, der von der Tarifgemeinschaft nicht angenommen wird, so sind, falls schon Streiks bestehen, sämtliche Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Beton- und Tiefbauarbeiter sofort auszusperrern, falls ein Streik noch ausbricht, drei Tage später.

Auf Grund dieser Entschiedenheit dürfte jede Zahlstelle der Zimmerer und Bauarbeiter begreifen, warum die Verhandlungen am 4. Juli in Magdeburg ergebnislos abgebrochen worden sind. Arbeiter des Baugewerbes: Die Zeitung ist in der Periode des letzten Lohnabkommens fast geschwollen. Dafür, daß die Arbeiterzeitung sich gegen weitere Verschwendung umdrehen will, soll sie noch betrauert werden. Lohnerhöhungen kann die Wirtschaft nicht mehr bezahlen, sagen die Unternehmer. Wir sind nicht zur Erreichung einer Lohnerhöhung den Streik zu beschließen, sofort werden wir alles auf die Straße. Die Dames-Geselle begreifen sich in größerer Umfassung anzuweisen. Die verschärft kapitalistische Offensive beginnt. Wir treten in eine Reihe schwerer Wirtschaftskämpfe. Bedenkt Gefährlichkeit und Jähigkeit, dann wird das profitorientierte Unternehmertum seinen Willen nicht durchsetzen können. Eine Ausweitung wird die Bauarbeiterschaft mit höherer Lage und Beschäftigung entgegengebracht.

Sobald die Organisation! Durch Kampf zum Sieg!

Die Bergarbeiter erwachen

Die am 5. Juli 1925 in Merseburg versammelten Funktionäre des Bergarbeiter-Verbandes des Geistesler und Ammerodter Reviers nahmen mit Entrüstung Kenntnis, von dem am 1. Juli 1925 für die Braunkohlenarbeiter gefällten Schiedspruch, wonach die Löhne für die Bergarbeiter

keine Aufbesserung erfahren sollen. Die Behauptung der Bergbauverwaltungen (die Bergleute hatten eine höhere Löhne) erklärten alle Funktionäre als eine glatte Färbung und Herausforderung der dem Verhungern nahen Bergarbeiterschaft.

Die Tätigkeit der Verbandsamerikanten ging in den letzten Wochen dahin, die Beschäftigten zu beruhigen und auf die eingeleitete Lohnbewegung zu verzichten. Da aber auch das Arbeiterministerium kein Schwänzen für den zum äußersten geliegene Ziel der schwer schuldigen Bergarbeiter genügt hat, erwarten die Funktionäre von den Organisationsvertretern ein

entschiedenes Vorgehen.

Einmütig wurde beschlossen, in den nächsten Wochen dafür zu sorgen, daß die Bergarbeiter sich

reflexlos dem Bergarbeiter-Verband anschließen, um, wenn notwendig, die gerechten Forderungen mit allen Mitteln zu erkämpfen.

Es stellt gewaltig in den Beschäftigten. Die Vorgänge der letzten Wochen in Ammerodt auf der Grube von der Hendt und Henritte sowie die Haltung der Arbeiter in der Braunkohlenfabrik der RAB. Wödring beweisen, daß die Bergarbeiter den berechtigten Hungerlöhnen, wie sie heute gezahlt werden, nicht mehr länger ertragen wollen.

Die Funktionäre des Bergarbeiter-Verbandes ermahnen von den Beschäftigten, daß keine Teiltätigkeiten unternommen werden, und daß eine einzige geschlossene Kampffront mit dem Bergarbeiter-Verband herbeigeführt wird.

Achtung, Nahrungs- und Genussmittelarbeiter!

In allen Zahlstellen finden in der Zeit vom 28. Juni bis einschließlich 2. August die Wahlen zum Internationalen Lebensmittelarbeiterkongress in Kopenhagen und auch die Wahl zum Deutschen Gewerkschaftskongress statt. Alle oppositionellen Wahlbewerber geben ihre Stimme nur revolutionären Kandidaten, und zwar für den deutschen Gewerkschaftskongress in Breslau bilden dem Stimmzetteln die Namen

Karl Trill, Amstedt, Karl Trillmann, Pflaumen

nehmen. Beide Genossen garantieren die Vertretung der Kollegen auf dem Gewerkschaftskongress in revolutionärem Sinne.

Wir erziehen alle Genossen, bei der Wahl ihre Stimme für die Kandidaten der Opposition zuheugen. Begrüßung der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter.

Berandtag der Fabrikarbeiter Eröffnung und erster Verhandlungstag

Sonntag nachmittag wurde der 15. Verbandstag der Fabrikarbeiter in Leipzig, „Volkshaus“ eröffnet. Anwesend sind 158 Delegierte, die nach Angabe Freys 250 000 Mitglieder vertreten. Nach dem Eröffnungsvortrag des Vorsitzenden Frey am 1. Tage, der Er geht zuvor der vielen Taten, die von dem letzten Verbandstag der Fabrikarbeiter zu verzeichnen hat; dieser des kapitalistischen Profits und Anreizsystems in Dapen, Leuna, Bitterfeld, um nur die größten zu nennen.

Als Vorsitzende des Verbandstages werden Frey, Jannow und Schumann in Leipzig gewählt.

Am Montagmorgen wird der Verbandstag mit Begrüßungsreden eröffnet. Der Sekretär des ADGB, Fritz Buchner, beginnt des, Karze, begann die am Tage vorher noch zurückgebliebenen Kommunitäten, indem er von den „Mach“ proletariern sprach, die angeblich nur die Zerstörung und Schwächung der Gewerkschaften als ihre Aufgabe gestellt hätten. Daß die Einteilung der Gewerkschaftsbürokratie in Österreich derjenigen der deutschen Reichsämter nicht nachsteht, befindet er ausdrücklich durch eine Feststellung, daß der österreichische Verband für die Fabrikarbeiter bereits ein menschenwürdiges Dasein geschaffen hätte und durch die Feststellung: Neues können wir jetzt nicht mehr erreichen, sondern nur mühen leben, das Bekleidende festzuhalten. Er stellte fest, daß nach dem Zehntel der Fabrikarbeiter in Österreich gewerkschaftlich organisiert sind, und betont die Bedeutung der Gewerkschaften in der deutschen Unternehmern bei ihrem Angriff auf die Arbeiterkraft, daß die deutsche Konturierung zu groß ist.

John Luffig behauptet die Zerstückelung der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei und besonders der nationalchauvinistischen Verbänden der tschechischen Organisation. Auch er weist darauf hin, daß unter dem Deckmantel der deutschen Kongress die Lage der tschechischen Arbeiterkraft verschlechtert wird und daß diese Ausbeutung der Arbeiterkraft eines Landes gegen die eines anderen Landes bekämpft müsse. Er begrüßt den Verbandstag zugleich im Namen des tschechischen und dänischen Delegierten.

Sodann erhält Frey das Wort zum

Bericht des Vorstandes

Frey geht von einem Antrag der Beschäftigten in Ahnsheim in Berlin aus, die einmütig zum Verbandstag fordert, daß er sich mit den vielen Unglücksfällen in der heimischen Industrie und dem Kampf um Arbeiterzeitung beschäftigt. Zugleich spricht die Beschäftigten den Willen aus, inaktiv in der Fabrikarbeiterorganisation mitzuwirken. Nach Befürwortung dieses Antrages legt auch Frey mit einer zur Beratung vorliegenden Beschlusse gegen die Kommunisten ein. Diejenigen, die Jahre hindurch ständig Kritik am Vorstand geübt hätten, hätten Neugründungen veranlaßt, die insofern ihre Ohnmacht erweisen hätten. Wenn jetzt der Reichstag heißt: „Sind in die Arbeiterbewegung gewerkschaftlich“, so hat der Vorstand kein Bedauern, wenn die Arbeiterbewegung keine typisch sozialdemokratische Auffassung von der Trennung des Einzelnen und der Lagerstätte. Das Einzelne kann nach ausdrücklicher Feststellung von Frey nicht immer mit den Tagesarbeiten veräußert werden, sondern heute mühen die kleinen Arbeiter erst einmal vorzubereiten werden, um die Arbeiterkraft „sozialistisch und gewerkschaftlich“ herzustellen. Dann erst ist die Voraussetzung auch für den Kampf um das „Einzelne“ gegeben. Man müsse im Rahmen der Organisation für das Mittelbestimmungsrecht in der Wirtschaft kämpfen und den rein politischen Klassenkampf den Parteien überlassen. Frey mahnt hier wieder die typisch sozialdemokratische Trennung von Politik und Wirtschaft.

Die Sabotage von entlassenden Lohn und Arbeitsverhältnissen in der Fabrikarbeiterbewegung ist Frey damit zu entschuldigen, daß die Ziele erfüllt, daß eine Zustimmung zu kämpfen nur durch die Beschäftigten der Verbandsstellen zu bemessen ist. Er behauptet, daß wenn die finanziellen Verhältnisse besser gelegen hätten, auch die Zahl der zum Verband geführten Kämpfe größer gewesen wäre. Frey im heutigen Bericht angegeben werden. Frey spricht nun zu den Anträgen, die sich mit der Frage der internationalen Gewerkschaftsähnlichkeit

befassen. Die Forderung, daß der Verbandstag sich beim ADGB für eine bedingungslose Vertiefung der Beziehungen zu den internationalen Gewerkschaftsorganisationen einsetzen solle, könne nicht angenommen werden. Es seien ja auf dem Wiener Kongress im Juni 1924 bereits Bedingungen gestellt worden, daß nur der Arbeiterbewegungsbund als internationale Organisation anerkannt werden dürfte und daß in dem Sinne, was man die Basisorganisationen anders verhalten wollte, die erst eine Verhandlung mit dem Amsterdamer Vorstand herbeiführen müßten. Man müsse also rein formell sich erst an das internationale Fabrikarbeitersekretariat wenden, wenn man überhaupt geneigt ist, eine Verbindung mit der AGZ einzugehen. Aber diese Gewerkschaftsähnlichkeit nicht, da man genügend ähnliche Erfahrungen mit der „Losgeronnen“ roten Gewerkschaftsinternationalen gemacht hätte.

Zu einem Antrag, der von der Zahlstelle Nürnberg gestellt ist und Protest dagegen erhebt, daß

Frey freierzeit den Ermäßigungsgelegenheiten zugestimmt hat, erklärt Frey, daß er die Konsequenzen ziehen wird, wenn dieser Antrag die Zustimmung des Verbandstages findet. Er sieht sich aber doch veranlaßt, keine ohne weiteres zugegebene Zustimmung zu den Ermäßigungsgelegenheiten zu widerrufen. In jener Zeit, als die Ermäßigungsgelegenheiten auf der Tagesordnung standen, hätten die ausbleibenden Wirtschaftskämpfe mit Hilfe von militärischen Maßnahmen des gewerkschaftlichen Zustand (?) durch die Beibehaltung eines gesetzmäßigen Zustandes das kleinere Übel gemeint. Außerdem wäre auch solche außergewöhnliche Maßnahme, wie das Ermäßigungsgelegenheit, der einzige Weg gewesen, um aus der Inflation wieder zu dem Segen (?) der Stabilisierung zu kommen und sogar zu einer vorübergehenden Preisberuhigung. Die bestimmten Abstimmungen, die das Ermäßigungsgelegenheit nachher gehabt hätte, wäre auch alle Fälle gekommen. Die Schuld an der zunehmenden Unternehmeroffensive sieht Frey natürlich den Kommunisten in der Grube, die im August 1923 die Parole „Generalstreik“ herausgerufen und damit nur eine Stärkung des Internationalismus hervorgehen hätte.

Fritz Buchner erhebt sich beim Reaktionsbericht in langatmigen Ausführungen um den Anträgen gegen die Kommunistenbewegung in „Proletariat“. Er gewollter, aber wenig wirksamer Demagogie erklärt Fritz Buchner, daß die Redaktion ja nicht gegen die Kommunisten kämpfe und auch nicht den Kommunisten den Platz im „Proletariat“ bereitere, sondern daß man nur Verhandlungsbedingungen festhalten würde. Frey, der die SPD aber hätte man bei den Wahlen doch ganz selbstverständlich (?) Propaganda machen müßte, weil sie die einzige sozialistische Partei (!) sei. In Widerspruch zu dieser Auffassung lehnte Frey aber einige Tage vorher ab, andere als „rein gewerkschaftlich“ Angelegenheiten im Verbandsorgan zu behandeln. (Fortsetzung folgt.)

Achtung, Porzellanarbeiter! Gewerkschaftskongress-Wahl!

Am 6. bis 7. Juli findet die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress statt. Zu wählen sind zwei Delegierte für den ganzen Verband. Von der Zahlstelle Zim. Es müssen zwei Kandidaten die Genossen Emil Schmitz, Simon L. Zimm, Martin J. Zimm, und andere, die Kandidaten, die die Kandidaten der Porzellanarbeiter in ganz Deutschland müssen für diese Kandidaten abgegeben werden. Bei geringen Wahlteilnahmen ist jede Stimme entscheidend. Darum, auf zur Wahl!